Jahrgang XII Nr. 24

2. Dezemberheft 1932
Einzelverkaufspreis: 30 Rpf.

Der Heimatdienst

Mitteilungen der
Reichszentrale für Heimatdienst
Nachdruck sämtlicher Beiträge, mit Ausnahme der graphischen Darstellungen und sonstigen Abbildungen, mit Quellenangabe gestattet

Aus dem Inhalt: Das Programm der Regierung von Schleicher, aus der Rundfunkrede des Reichskanzlers vom 15. Dezember 1932 / Die Anerkennung von Deutschlands Gleichberechtigung in der Wehrfrage, von Reichsminister des Auswärtigen Freiherrn von Neurath / Öffentliche Finanzen und Wirtschaft, von Graf Schwerin von Krosigk, Reichsminister der Finanzen / Der neue Kanzler, General von Schleicher, von *** / Die Weltkrise des Außenhandels, von Dr. Arthur Dix.

In Kommission:
Zentralverlag G. m. b. H., Berlin W 35
Halbjährlich 3,25 Mark / Jährlich 6,50 Mark
Erscheint zweimal monatlich
Durch jedes Postamt zu beziehen

Berliner Weihnachtsmarkt Zeichnung: Dungert

Das Programm der Regierung von Schleicher

Aus der Rundfunkrede des Reichskanzlers vom 15. Dezember 1932.

... Dieses Programm besteht aus einem einzigen Punkt:

„Arbeit schaffen!"

Alle Maßnahmen, die die Reichsregierung in den nächsten Monaten durchführen wird, werden mehr oder weniger diesem einen Ziel dienen ... In unserem Volke lebt ein Schaffensdrang, der durch keine Enttäuschungen umzubringen ist, und in allen Bevölkerungsschichten kämpft man mit demselben Mut und derselben verbissenen Zähigkeit wie im Kriege heute gegen die schweren wirtschaftlichen Nöte unserer Zeit. Das ist höchster Bewunderung wert, und gerade deshalb muß es unabhängig von allen wirtschaftlichen und sonstigen Gründen oberstes Gesetz jeder Staatsführung sein, diesen Kampf und dieses Streben zu unterstützen und einer Verzweiflungs- und Katastrophenstimmung vorzubeugen. Das aber ist nur zu erreichen, wenn man bei der Arbeitsbeschaffung neben den wirtschaftlichen auch psychologische Gesichtspunkte zur Geltung kommen läßt. . . .

Mit der Frage der Arbeitsbeschaffung hängt

die Siedlung

eng zusammen. Gerade als Wehrminister muß ich auf die Besiedlung unserer Ostmark den größten Wert legen. Denn letzten Endes sind es noch immer die Menschen auf eigener Scholle gewesen, die den besten Grenzwall gegen das Vordringen fremden Volkstums abgeben. Für das Jahr 1933 sind zunächst 50 Millionen RM. für die Siedlungen im Haushaltsplan bereitgestellt worden und weitere 50 Millionen werden unter Mitwirkung der Reichsbank vorfinanziert. In den Landbezirken Ostpreußen, Grenzmark, Pommern und Mecklenburg wird der Siedlung folgendes Land zugeführt werden:

in Ostpreußen etwa . . .	800 000	Morgen
in der Grenzmark etwa . .	100 000	„
in Pommern etwa	280 000	„
in beiden Mecklenburg etwa .	120 000	„

Es ist damit zu rechnen, daß sich diese Zahlen in der weiteren Abwicklung des Osthilfeverfahrens, die aufs äußerste beschleunigt werden wird, noch sehr erheblich erhöhen werden ...

Die Regierung wird nach wie vor ihr Augenmerk in erster Linie auf eine

Belebung des Binnenmarktes

richten, der die stärksten Schrumpfungen aufweist ... Vom Binnenmarkt allein aus wird es nicht möglich sein, im eigenen Lande genügend Arbeitsmöglichkeiten bereitzustellen. Wir müssen vielmehr für einen erheblichen Teil unserer Bevölkerung Beschäftigung dadurch schaffen, daß wir Waren für das Ausland erzeugen. Unsere Wirtschaft kann nur gedeihen, wenn wir nebeneinander sowohl die Nutzung des heimischen Bodens wie auch die gewerbliche Tätigkeit für den Inlandsmarkt und schließlich den Warenaustausch mit dem Auslande im zweckmäßigen Verhältnis zueinander pflegen. Von dieser Grundeinstellung aus hat die frühere Regierung ihr bekanntes Wirtschaftsprogramm aufgebaut. Dieses Wirtschaftsprogramm hält auch die gegenwärtige Regierung in seinen wesentlichen Teilen für eine geeignete Grundlage zur Lösung der wirtschaftlichen Entwicklung ...

Der

Schutz der Landwirtschaft

gegen Störungen vom Weltmarkte muß durch innerwirtschaftliche Maßnahmen ergänzt werden. Es muß insbesondere dem für die Vieh- und Milchwirtschaft entscheidenden Fettproblem besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Die Reichsregierung wird sich noch vor Weihnachten mit den zur Durchführung dieser Grundsätze nötigen Maßnahmen beschäftigen, weil ich der Auffassung bin, daß alle noch so schönen wirtschaftlichen Aufbaupläne zunichte werden müssen, wenn es nicht gelingt, in Deutschland wieder eine gesunde Landwirtschaft herzustellen. . . .

Alle diese Maßnahmen, Arbeitsbeschaffung, Siedlung und Ankurbelung der Wirtschaft müssen aber erfolglos verpuffen, wenn das Vertrauen auf stabile Verhältnisse und

der Glauben an eine bessere Zukunft

fehlen. Wie ist dieses Vertrauen und dieser Glaube zu schaffen? Nur durch freudige Mitarbeit aller Bevölkerungsschichten und durch möglichst weitgehende Ausschaltung von Reibungen und absichtlichen Störungen ... Die Reichsregierung bekennt sich zur Sozialversicherung. Sie wird alles tun, um die Versicherungsträger leistungsfähig zu erhalten ... Als

besondere Winterhilfe

wird von der Regierung folgendes veranlaßt werden: Sie wird vor allem die Frischfleischverbilligung verstärken und, wie im Vorjahre, über die Hilfsmaßnahmen der Kohlenerzeuger und der Reichsbahn hinaus eine weitere Verbilligung der Hausbrandkohle für die notleidende Bevölkerung auf Reichskosten vornehmen. Ferner wird sie den Kreis der Empfänger auch auf die alleinstehenden Unterstützungsberechtigten, zu denen auch die Kleinrentner gehören, ausdehnen. . . .

Eine Frage, die dem Wehrminister besonders am Herzen liegen muß, ist

die körperliche und geistige Ertüchtigung der Jugend.

Die Winternot der erwerbslosen Jugend stellt uns vor eine neue Aufgabe von weittragendster Bedeutung. Keine Kampfmaßnahme gegen die Arbeitslosigkeit kann verhindern, daß mit dem Ausbruch des Winters erneut eine erschütternde Zahl junger Deutscher mit dem Schicksal der Erwerbslosigkeit zu ringen hat. Um ihretwillen ruft die Reichsregierung zum

Notwerk der deutschen Jugend

auf. Die Reichsregierung wird allen geeigneten Einrichtungen, insbesondere auch freiwilligen Kameradschaften jugendlicher Erwerbsloser öffentliche Mittel zur Verfügung stellen, wenn sie gewillt sind, den Teilnehmern gemeinsame Verpflegung, körperliche Übungen und geistige Fortbildung zu verschaffen. . . .

Zwei weitere Dinge gedenkt die Reichsregierung im kommenden Frühjahr in Angriff zu nehmen:

das freiwillige Werkhalbjahr der Abiturienten und die freiwillige Bauernhilfe. . . . .

Die geistige Erneuerung der Nation, die das Ergebnis der Krisenzeit sein muß, in der wir stehen, wird mehr von unten als von oben geleistet werden müssen. Ich sehe die besondere Aufgabe des Reiches darin, diese Ansätze zu fördern und hier einen Rahmen zu schaffen, in dem die Kräfte der Nation von selbst heranwachsen können. . . . .

Ich habe mit aller Deutlichkeit ausgesprochen, daß das deutsche Volk nicht gewillt sei, sich wehrlos den Hals abschneiden zu lassen, daß seine Wehrmacht ihm also dieselbe Sicherheit garantieren müßte wie jedem anderen.

Ein Volk, das in der Wehrfrage unter Ausnahmerecht steht, ist nicht souverän.

Ich bin überzeugt, daß wir durch die Genfer Vereinbarung einen großen Schritt vorwärts gemacht haben und daß wir dem Herrn Reichsaußenminister dankbar sein müssen für die zähe und erfolgreiche Verteidigung deutscher Interessen. . . . Im übrigen sind sich über die Ziele, die wir in der Außenpolitik zu verfolgen haben, im Grunde alle Deutschen einig.

Das deutsche Volk will als freie, gleichberechtigte und geachtete Nation im Kreise der Völker den Platz einnehmen, auf den es nach seiner Größe, seiner Vergangenheit und seiner Leistungsfähigkeit Anspruch hat. . . .

In nüchterner Würdigung der politischen Realitäten, zugleich aber auch im Vertrauen auf die gesunde innere Kraft unseres Volkes sind wir bereit zur aufrichtigen freundlichen Zusammenarbeit mit allen den Regierungen, die auch ihrerseits gewillt sind, eine Lösung der offenen internationalen Probleme auf dem Wege gerechter und billiger Verständigung zu suchen.

Die von mir geführte Reichsregierung wird für ihre Arbeit den besten Moltke-Spruch

„Erst wägen, dann wagen"

zur Richtschnur nehmen.

Die Anerkennung von Deutschlands Gleichberechtigung in der Wehrfrage

Von Reichsminister des Auswärtigen **Freiherrn von Neurath**

Die als Abschluß der Fünfmächtebesprechungen in Genf am 11. d. M. unterzeichnete Erklärung bedeutet einen entschiedenen Erfolg der bisherigen deutschen Abrüstungspolitik. Zu ihrem Verständnis muß man an einige frühere Tatsachen erinnern. Wir sind auf die Abrüstungskonferenz mit der doppelten Forderung gegangen: Abrüstung der andern nach dem Versailler Maßstab und Gleichberechtigung Deutschlands. Wir haben den moralisch und juristisch begründeten Standpunkt vertreten, daß der Zustand der einseitigen Abrüstung Deutschlands ein Ende nehmen und durch ein Regime allgemeiner Abrüstung mit gleichen Verpflichtungen für alle Staaten ersetzt werden müsse. Während der ersten Phase der Abrüstungskonferenz hatten wir uns bemüht, die Abrüstung nach dem Muster der militärischen Klauseln des Versailler Vertrags durchzusetzen. Die Vertagungsresolution der Abrüstungskonferenz vom 23. Juli erwies, daß die anderen Staaten nicht bereit waren, ebenso weitgehende Bindungen ihrer Wehrfreiheit zu übernehmen wie diejenigen, die uns auferlegt worden waren, und daß sich also die Rechtsgleichheit auf diesem Wege nicht herstellen ließ. Zur Erfüllung unseres Anspruchs auf Gleichberechtigung blieb daher kein anderer Weg als der Eintritt Deutschlands in das System der allgemeinen Abrüstung, das die Konferenz beschließen würde, d. h. der Ersatz des Teils V des Versailler Vertrags durch die von der Abrüstungskonferenz zu schaffende Abrüstungskonvention. Dies war der Sinn der von uns im Juli an die Konferenz gerichteten Forderung, in ihrer Vertagungsresolution die Anerkennung der Gleichberechtigung auszusprechen. Diese Forderung wurde abgelehnt. Wir erwiderten darauf mit der Erklärung, daß wir uns an der Konferenz fürderhin nicht beteiligen würden, solange unsere Gleichberechtigung nicht anerkannt würde.

Wir haben uns in der Folgezeit in diplomatischen Verhandlungen, dann während der Völkerbundsversammlung im September in Besprechungen mit maßgebenden Persönlichkeiten bemüht, die anderen Großmächte zur Anerkennung unserer Gleichberechtigung zu veranlassen. Wir erhielten von Frankreich und England zunächst ablehnende und ausweichende Antworten. Nur der italienische Ministerpräsident Mussolini hat sich von Anfang an, besonders eindringlich in seiner großen Rede in Turin, für die deutsche Gleichberechtigung eingesetzt. Wir haben allen Versuchen, uns ohne Anerkennung unserer Gleichberechtigung zur Abrüstungskonferenz zurückzubringen, ein entschiedenes Nein entgegengesetzt. Inzwischen nahm die Entwicklung einen für uns günstigen Gang. Auch in England wurde die Berechtigung unseres Standpunktes in immer weiteren Kreisen anerkannt. Der englische Außenminister stimmte am 10. November im englischen Unterhaus und nachher am 17. November im Büro der Abrüstungskonferenz unserer Forderung auf Gleichberechtigung zu, und zwar in einer Formulierung, deren prinzipiellen Teil wir als genügend bezeichnen konnten, um uns zur Konferenz zurückzuführen, wenn auch die anderen Großmächte sich auf denselben Boden stellen würden.

Die französische Regierung veröffentlichte am 14. November einen neuen Abrüstungsplan, der zwar nicht ausdrücklich unsere Gleichberechtigung anerkannte, aber stillschweigend vom Grundsatz der Gleichberechtigung ausging und deren schrittweise und allmähliche Durchführung vorsah.

So war die Lage, als die Vertreter Deutschlands, Englands, Frankreichs und Italiens anläßlich der außerordentlichen Völkerbundsversammlung wegen der Mandschureifrage in Genf zusammentrafen. Auf Veranlassung des englischen Premierministers begannen unter ihnen Besprechungen über die Gleichberechtigungsfrage, an denen auch ein Vertreter der Vereinigten Staaten teilnahm. Der französische Ministerpräsident legte eine Formel über die Gleichberechtigung vor, in der zwar ein bedeutsamer Fortschritt zu erblicken war, die ich aber doch nicht für genügend halten konnte. Ich habe deshalb Gegenfragen gestellt und Ergänzungsvorschläge gemacht. In langwierigen Verhandlungen, bei denen der englische Premierminister MacDonald seine große Autorität und Kunst des Vermittelns einsetzte und uns die Vertreter anderer Länder ebenfalls unterstützten, ist es dann gelungen, die aus vier Punkten bestehende Erklärung festzulegen, die am 11. Dezember unterzeichnet worden ist. Die deutsche Gleichberechtigung ist in ihr — daran kann keine Auslegungskunst etwas ändern — unzweideutig anerkannt. Sie ist nicht, wie die erste Formel Herriots wollte, als Ziel, sondern als einer der leitenden Grundsätze der Abrüstungskonferenz bezeichnet und soll in der Konvention praktisch verwirklicht werden. Die Sicherheit für alle Staaten, von der in der Erklärung die Rede ist, fordern auch wir, da wir das Mindestmaß nationaler Sicherheit nach Art. 8 der Völkerbundssatzung nicht besitzen, sondern gerade durch die praktische Durchführung der Gleichberechtigung im Rahmen der allgemeinen Abrüstung erreichen wollen.

Als die Abrüstungskonferenz am 2. Februar d. J. begann, lag ihr der ausgearbeitete Konventionsentwurf der Vorbereitenden Abrüstungskommission vor, dessen Artikel 53 Deutschland und den anderen abgerüsteten Staaten die Gleichberechtigung aberkannte: Die Entwaffnungsbestimmungen der Friedensverträge sollten, ganz unabhängig vom Ergebnis der Abrüstungskonferenz, in Kraft bleiben. Die Konferenz nahm den Konventionsentwurf allerdings nicht, wie manche Staaten das wollten, als Grundlage, aber doch als Rahmen für ihre Verhandlungen an. Der Artikel 53 war und blieb somit Diskussionsgegenstand der Konferenz. Seit der Fünfmächte-Vereinbarung vom 11. Dezember d. J. ist dies nicht mehr der Fall. Der Artikel 53 des Konventionsentwurfs ist tot. Es wird künftig nicht, wie es dieser Artikel wollte, zweierlei Recht in der Wehrfrage, sondern nur noch gleiches Recht für alle geben. Die Abrüstungskonvention, die von der Konferenz ausgearbeitet werden soll, wird für uns genau so gelten wie für die anderen und den Teil V des Versailler Vertrages ersetzen.

Es wäre jedoch verkehrt zu glauben, daß die Schlacht bereits gewonnen sei. Die Erklärung vom 11. Dezember sieht vor, daß die Art und Weise der Anwendung der Gleichberechtigung auf der Abrüstungskonferenz erörtert werden soll. Gewiß entspricht dies dem Standpunkt, den wir von vornherein eingenommen haben. Es bedeutet aber natürlich auch, daß die Auseinandersetzung über die praktische Durchführung unserer Gleichberechtigung, über den Umbau unserer Landesverteidigung, über die praktische Herstellung jenes Mindestmaßes von nationaler Sicherheit, das wir brauchen, noch vor uns liegt. Ich verhehle mir nicht die großen Schwierigkeiten, die wir dabei noch werden überwinden müssen.

Die Anerkennung unserer Gleichberechtigung in der Wehrfrage war eine Forderung des ganzen deutschen Volkes. Diese Geschlossenheit des deutschen Wollens hat wesentlich zum bisherigen Erfolg beigetragen. Sie wird auch für die Verhandlungen über die praktische Durchsetzung der Gleichberechtigung im einzelnen notwendig sein. Ich zweifle nicht daran, daß wir auch in Zukunft auf sie rechnen können.

Öffentliche Finanzen und Wirtschaft

Von Graf Schwerin von Krosigk, Reichsminister der Finanzen

Die Entwicklung der öffentlichen Finanzen ist in hohem Grade abhängig von dem Gang der Wirtschaft. Besonders seit dem Jahre 1929 zeigt sich, in welchem Maß auch die öffentlichen Haushalte konjunkturbedingt sind.

Während im Jahre 1929 das gesamte Steueraufkommen (einschl. Zöllen) in Reich, Ländern und Gemeinden noch 13,5 Milliarden RM. betrug, werden im Jahre 1932 nicht mehr als 10 Milliarden RM. aufkommen. Im Reich ist ein Rückgang von 9,2 auf 6,7, also um 2,5 Milliarden RM., in Ländern und Gemeinden von 4,3 auf 3,3, also um 1 Milliarde RM., eingetreten.

Dabei sind in dieser Zeit zahlreiche Steuererhöhungen erfolgt und neue Steuern eingeführt. Im Reich sind z. B. die Tabak- und Biersteuer erhöht, die Zuckersteuer ist verdoppelt, die Umsatzsteuer mehr als verdoppelt; neu eingeführt sind Mineralölsteuer, Salzsteuer, Zuschläge zur Einkommensteuer bei Ledigen und bei Einkommen über 8000 RM., Krisenveranlagtensteuer und Krisenlohnsteuer, die jetzt in einen Beitrag zur Arbeitslosenhilfe umgewandelt ist. Für Länder und Gemeinden seien erwähnt die Bürgersteuer, Gemeindegetränkesteuer, Schlachtsteuer und Erhöhung der Gemeinde-Biersteuer. Diese Steuererhöhungen hätten im Reich 2 Milliarden RM., in Ländern und Gemeinden 0,5 Milliarden RM. erbringen müssen. Der Steuerausfall im Jahre 1932 gegenüber 1929 beträgt also nicht 3,5, sondern tatsächlich 6 Milliarden RM.

Auch die anderen Einnahmen der öffentlichen Hand wurden von der Wirtschaftskrise stark beeinflußt. Gegenüber 1929 haben im Jahre 1932 an Anleihen zur Deckung der öffentlichen Haushalte 1,5 Milliarden RM. weniger aufgenommen werden können. Die Verwaltungseinnahmen und die Einnahmen aus Erwerbsvermögen — besonders bei Ländern und Gemeinden (Forsten usw.) — sind um 0,7 Milliarden RM. zurückgegangen.

Aber nicht nur die Einnahmen, sondern auch die Ausgaben sind sehr stark von der Wirtschaftslage abhängig. Die Ausgaben für die gesamte Arbeitslosenfürsorge (Arbeitslosenversicherung, Krisenfürsorge und Wohlfahrtsunterstützung) haben sich von 1½ auf 3 Milliarden RM. erhöht. Hierbei darf aber nicht vergessen werden, daß die Unterstützungssätze, die der einzelne Arbeitslose für sich und seine Familie erhält, inzwischen stark gesenkt sind, und zwar in der Arbeitslosenversicherung von durchschnittlich 77 auf 41 RM., in der Krisenfürsorge von 75 auf 49 RM. und in der Wohlfahrtsunterstützung von 49 auf 42 RM. monatlich. Ohne diese Senkung und ohne die weiteren Sparmaßnahmen würden die Ausgaben für die Arbeitslosen noch um weitere etwa 1½ Milliarden RM. gestiegen sein. Von dem Mehrbetrag von 1½ Milliarden RM. trägt die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung, deren Beiträge seit 1929 mehr als verdoppelt sind und der auch die Beiträge zur Arbeitslosenhilfe zufließen, 0,7 Milliarden RM., so daß die Haushalte des Reiches und der Gemeinden um 0,8 Milliarden stärker belastet sind.

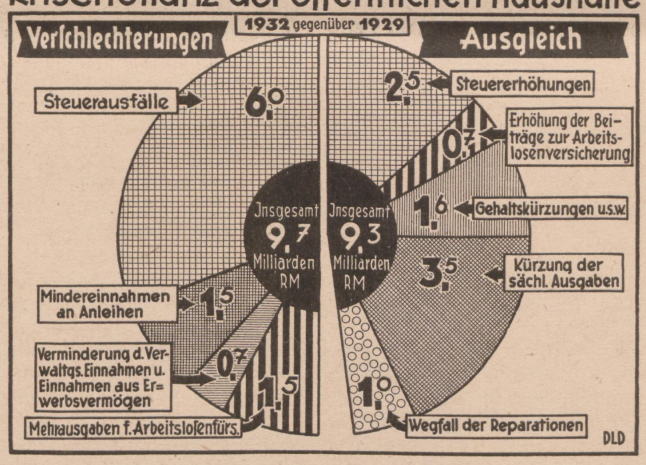
Da weitere Steuererhöhungen nicht möglich waren, mußten die hierdurch nicht ausgeglichenen Verschlechterungen der öffentlichen Haushalte durch Einsparungen an den Ausgaben gedeckt werden. An den Beamtengehältern, Pensionen und sonstigen Versorgungsgebührnissen sowie anderen Personalausgaben wurden 1,6 Milliarden RM. gekürzt. Die sächlichen Ausgaben wurden aufs schärfste gedrosselt und um 3,5 Milliarden RM. vermindert. Der Wegfall der Reparationen erbrachte nach Absetzung der besonderen, etwa 0,7 Milliarden RM. betragenden Reparationssteuern eine Erleichterung des Reichshaushalts um 1 Milliarde RM.

Hieraus ergibt sich in großen Zahlen, die wegen ihrer summarischen Feststellung natürlich keinen Anspruch auf unbedingte Genauigkeit und Vollzähligkeit machen können, folgende

Krisenbilanz der öffentlichen Haushalte:

Verschlechterungen	Milliarden RM.	Verbesserungen	Milliarden RM.
I. Krisenbedingte Mindereinnahmen:		I. Durch die Krise erzwungene Mehreinnahmen:	
1. Steuerausfälle (ohne Steuererhöhungen)	6,0	1. Steuererhöhungen	2,5
2. Mindereinnahmen an Anleihen	1,5	2. Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung u. Einführung der Arbeitslosenhilfe	0,7
3. Verminderung der Verwaltungseinnahmen und Einnahmen aus Erwerbsvermögen	0,7	zusammen:	3,2
zusammen:	8,2	II. Durch die Krise erzwungene Minderausgaben (drakonische Sparmaßnahmen):	
II. Krisenbedingte Mehrausgaben (Soziallasten)	1,5	1. Gehaltskürzungen usw.	1,6
		2. Kürzung der sächlichen Ausgaben	3,5
		zusammen:	5,1
		zusammen I und II:	8,3
		III. Wegfall der Reparationen	1,0
Insgesamt:	9,7	Insgesamt:	9,3

Wie außerordentlich groß die Einwirkung der Wirtschaftskrise auf die öffentlichen Haushalte im Ausmaße von rund 10 Milliarden RM. ist, ergibt sich, wenn man berücksichtigt, daß der Gesamtbetrag der öffentlichen Haushalte (reiner Finanzbedarf nach Abzug der Zuschüsse, Beiträge, Erstattungen u. dgl. zwischen Reich, Länder und Gemeinden, das heißt nach Ausschaltung des Verrechnungsverkehrs) 1929 20,8 Milliarden RM., 1932 14,8 Milliarden RM. betragen hat, der Finanzbedarf also fast um ein Drittel vermindert ist.



Reich, Länder und Gemeinden waren bei Beginn der Krise ohne jegliche Reserven. Bare Kassenreserven waren nicht vorhanden. Die Kreditmöglichkeiten waren bis zum Letzten in Anspruch genommen, die Steuern stark angespannt. Solange die Krise ihren tiefsten Punkt nicht erreicht hatte, blieb nur übrig, die noch vorhandenen Einnahmequellen bis zum äußersten auszuschöpfen, die Ausgaben soweit wie möglich zu drosseln. Aber solche Maßnahmen hielten immer nur kurze

Zeit vor, da sie selbst krisenverschärfend wirkten. Die einschneidende Drosselung der sächlichen Ausgaben entzog der Wirtschaft Aufträge und bewirkte eine weitere Vergrößerung der Arbeitslosigkeit. Die Steuererhöhungen entkräfteten die Wirtschaft. Die Zeitspanne, über die diese Maßnahmen hinweghalfen, wurde jedesmal kürzer. Es war ein verhängnisvoller Kreislauf, der niemals zu einer Gesundung der öffentlichen Finanzen führen konnte.

Beim ersten Anzeichen einer Wirtschaftsbelebung konnte und mußte das Steuer herumgeworfen werden. Wie die öffentlichen Haushalte durch den Niedergang der Wirtschaft zerrüttet sind, so können sie nur durch eine Entlastung der Wirtschaft und die daraus folgende Belebung endgültig saniert werden. Diese Entlastung ist nicht sofort möglich, da der Zeitraum überbrückt werden muß, bis die neubelebte Wirtschaft größere Erträge abwirft und aus diesen Erträgen weniger drückende, aber doch ertragreichere Steuern liefern kann. Diesem Ziele dienen die Steuergutscheine, die eine vorweggenommene Steuersenkung sind. Sie sollen der Wirtschaft Erleichterung und Antrieb geben und damit die Wiederbelebung der Wirtschaft aus sich heraus fördern.

Daneben hat die Reichsregierung einen äußeren Anstoß für die wirtschaftliche Belebung durch ein Arbeitsbeschaffungsprogramm im Ausmaße von ¾ Milliarden RM. gegeben. Hiervon werden etwa 350 Millionen RM. für Straßenbau, Wasserbau, Meliorationen, Siedlung usw. verwendet; für 280 Millionen RM. vergibt die Reichsbahn neue Aufträge, wovon 180 Millionen RM. durch Steuergutscheine auf die Beförderungssteuer finanziert werden; 60 Millionen RM. gibt die Reichspost aus und 50 Millionen RM. entfallen auf Reichszuschüsse für Wohnungsreparaturen. Da der letztere Zuschuß nur gegeben wird, wenn der Hausbesitzer selbst den vierfachen Betrag aufwendet, werden durch die 50 Millionen RM. Reichszuschuß tatsächlich für 250 Millionen RM. Reparaturaufträge in Bewegung gesetzt.

Um einen völligen Zusammenbruch weiter Kreise der Wirtschaft zu verhüten, war das Reich in den letzten Jahren gezwungen, in einer Reihe von Fällen unmittelbar einzugreifen. Für Stützungszwecke, insbesondere Bankenstützung, wurden für etwa 1 Milliarde RM. Reichsschatzanweisungen ausgegeben, davon von der Regierung von Papen 255 Millionen RM. Von diesen Schatzanweisungen entfallen 385 Millionen RM. auf Sicherheitsleistungen. Bürgschaften wurden für einen Betrag von 2,1 Milliarden RM. übernommen, davon für 188 Millionen RM. unter der Regierung von Papen. Bei diesen Bürgschaften handelt es sich im wesentlichen um solche zur Förderung der deutschen Ausfuhr und zur Stützung von Banken und Genossenschaften.

Können nun diese Maßnahmen zur Belebung und Stützung der Wirtschaft, die Ausgabe der Steuergutscheine, die Ausgaben für das Arbeitsbeschaffungsprogramm, die Begebung der Schatzanweisungen und die Übernahme der Bürgschaften, mit Rücksicht auf die sich daraus ergebende Belastung der kommenden Jahre verantwortet werden?

Die Belastung der zukünftigen Reichshaushalte

Wie hoch die Belastung der kommenden Jahre durch die Ausgaben für das Arbeitsbeschaffungsprogramm sein wird, läßt sich noch nicht übersehen. Wenn, wie zu erwarten ist, eine weitere Verschlechterung der Wirtschaftslage nicht eintritt, ist das Verlustrisiko aus den Bürgschaften verhältnismäßig gering, da die Lage der Bürgschaftnehmer vor Übernahme der Bürgschaft eingehend geprüft ist. Die Steuergutscheine belasten die Haushaltsjahre 1934 bis 1938 mit jährlich 350 bis 500 Millionen RM., je nach dem Ausmaße der Verwendung von Steuergutscheinen für Mehreinstellung von Arbeitern. Aus den Schatzanweisungen werden die Jahre 1933 bis 1938 mit 125 bis 200 Millionen RM. jährlich belastet, je nach der tatsächlichen Inanspruchnahme der für Sicherheitsleistungen begebenen Schatzanweisungen. Die Vorausbelastung der kommenden Jahre ist hiernach jedenfalls weniger als 1 Milliarde RM. jährlich.

Wenn auch nicht anzunehmen ist, daß bis 1934 eine Aufwärtsentwicklung eintreten wird von gleichem Ausmaße wie von 1929 bis 1932 die Abwärtsentwicklung erfolgt ist, die eine Verschlechterung der öffentlichen Haushalte um rund 10 Milliarden RM. brachte, so ist doch zu erwarten, daß wenigstens eine solche Belebung eintritt, die es ermöglicht, die Vorausbelastungen zu tragen, die jetzt übernommen werden mußten, um überhaupt aus dem genannten verhängnisvollen Kreislauf herauszukommen und die Wendung zu einer besseren Zukunft herbeiführen zu helfen.

Der neue Kanzler

General von Schleicher

Von ***

Es ist eine außergewöhnliche Erscheinung, daß einem Soldaten das hohe politische Amt des Reichskanzlers in Deutschland übertragen wird; seit 40 Jahren, als Caprivi Bismarcks Stuhl besetzte, zum zweitenmal. Aber es sind wohl auch außergewöhnliche Zeiten, in denen das deutsche Volk lebt. Mit dem General von Schleicher hat ein Offizier die politische Leitung des Reiches übernommen, der dem deutschen Volke nicht mehr fremd ist, noch weniger fremd den Menschen, deren Tageswerk die Politik bedeutet.

Was ist in den Jahren seit dem Bestehen der deutschen Republik nicht alles geschrieben und geredet worden um diesen General: ein Rätsel, eine Sphinx, ein Intrigant, ein gewiegter Taktiker, der Schatten aller Kabinette, der Reichswehrgewaltige, der Staatssozialist, der Industriebaron! Es gibt kaum einen Ausspruch aus dem politischen Wörterbuch, der nicht schon einmal mit diesem Namen verkoppelt wurde im guten und im bösen Sinne. Bald war er der politischen Linken verhaßt, bald galt ihm das Mißtrauen der Rechten. Noch bis in die letzten Wochen hinein erschien in der öffentlichen Meinung sein Bild verzerrt und geschmeichelt, von Hoffnungen und Ängsten umwoben. Ein Mann, der es fertigbrachte, am gleichen Tage mit großer Sachlichkeit die Führer der

Sozialdemokratie anzuhören und mit den Nationalsozialisten Verbindung zu halten, schien unheimlich zu sein.

Es gibt nicht allzu viele, die den General von Schleicher wirklich kennen; nur wenige, die, wie er, ungebunden an Partei- und Wirtschaftsinteressen, sein Bild so sehen wie er ist. Hier sei der Versuch gewagt, ihn als Menschen und Persönlichkeit zu zeichnen.

General von Schleicher ist Soldat von Hause her. Sein Vater zog in jungen Jahren 1870 in den Krieg. Als Erster seiner Kompanie erwarb er das Eiserne Kreuz. Der Großvater des Kanzlers war nur kurze Zeit Soldat, ein echter Westfale, der bald die Bewirtschaftung seines Gutes übernahm. Das Jahr 1848 fand ihn unter den Gegnern des Rumpfparlaments. Der Urgroßvater fiel als Regimentskommandeur beim Sturm auf Ligny.

General Kurt von Schleicher ist am 7. April 1882 geboren. Aus dem Kadettenkorps trat er mit 17 Jahren in das 3. Garde-Regiment zu Fuß, das Regiment, aus dem auch Hindenburg hervorging. Nach einigen Jahren als Bataillons- und Regimentsadjutant besuchte er die Kriegsakademie und wurde im März 1914 als Hauptmann in den Großen Generalstab versetzt, wo er in der Eisenbahnabteilung unter dem damaligen Oberstleutnant Groener Dienst tat. Im Weltkrieg hatte er auch die Stellung eines 1. Generalstabsoffiziers bei einer Division inne. Im Großen Hauptquartier, wo ihm die Bearbeitung der verschiedensten Fragen der Heimat oblag, fand er die erste Berührung mit politischen Dingen. Die Zeit nach dem Kriege stellte den Major von Schleicher immer schärfer in diese Arbeitsrichtung ein, die im allgemeinen dem Offizier nicht ohne weiteres geläufig ist. Um die Errichtung von Freiwilligen-Verbänden zur Wiederherstellung der Staatsautorität im Jahre 1919 hat sich der junge Major besonders verdient gemacht. Im neuen Heere waren alle wehrpolitischen Fragen sein Arbeitsgebiet, und die Erfolge des Einsatzes der Wehrmacht in den unruhigen Jahren von 1920 und besonders 1923 sind nicht zuletzt das Verdienst dieses Beraters des Reichswehrministers Geßler und des Generals v. Seeckt. Frühzeitige Beförderung zum Oberstleutnant im Frühjahr 1924 war der Lohn. 1926 wurde er Abteilungsleiter der Wehrmachtsabteilung und 1929 Chef des Ministeramts im Reichswehrministerium. Im Juni dieses Jahres rückte dann der General von Schleicher zum Reichswehrminister auf.

Reichskanzler General von Schleicher

Wer eine Persönlichkeit zu schildern übernimmt, muß nach den wesentlichen Eigenschaften forschen. Hier fällt zuerst der Wille und die Gabe auf, Menschen und Dinge so zu sehen, wie sie sind, sie nüchtern zu betrachten und allen Beiwerks zu entkleiden. Die selbstgestellte Frage „Wie liegen denn die Dinge?" leitet oft die Betrachtung politischer oder militärischer Vorgänge und Probleme ein, die dann mit einfachsten und klarsten Folgerungen schließt. Hier klingt die alte Schule des Generalstabsoffiziers durch, die auf einer allseitig abwägenden „Beurteilung der Lage" den „Entschluß" aufbaut. So sieht der General auch die Menschen, bei denen er Eitelkeit und persönliche Motive sehr schnell durchschaut. Eine gesunde Skepsis verbindet sich mit dieser nüchternen Betrachtungsweise und hält alle Wunschgedanken fern. Pessimismus liegt dem neuen Kanzler nicht. Zuversicht übertönt die Bedenken, die ihre Kraft immer wieder aus den großen Idealen zieht, die er fast niemals ausspricht, aber immer wieder durchklingen läßt: die Wehrmacht als unparteiische und ungebundene Stütze des Staates zu erhalten und Deutschland wieder stark und frei zu machen.

General von Schleicher ist keine Sphinx. Wer Gelegenheit hat, sich mit ihm im Gespräch zu treffen, ist immer wieder erstaunt über seine Offenheit. Er spricht aus, was er denkt, und schon mancher ist still aus seinem Zimmer gegangen, weil man ihm auch Unerfreuliches nicht verschwieg. Mit Vertrauen entwaffnet er auch seine Gegner.

Vielleicht ist überflüssig zu betonen, daß dieser Soldat seine Ziele nie aus den Augen verliert, daß er das Wichtige von dem Unwichtigen scheidet und die große Linie nie vergißt. Hier liegt das Geheimnis der Erfolge seiner Wehrpolitik, hier die Kunst, alle Kleinarbeit seines Ressorts immer wieder zu den Punkten zu führen, auf die „es ankommt". Dogmen sind ihm verhaßt, müde Resignation kennt er nicht. Am liebsten arbeitet er mit jungen Menschen und hat seine Freude an verantwortungsbewußter Mitarbeit seiner Untergebenen. Von ihnen hört er auch geduldig abweichende Meinungen an und fördert damit Arbeitsfreude und ein gesundes Selbstbewußtsein. Sein immer frischer, oft derber Humor und seine volkstümliche Sprechweise machen auch die schwerste Arbeit leicht. Es gibt nicht viele, die ihn schlechter Laune sahen.

Der neue Reichskanzler hat eine Presse gehabt, wie sie kaum einer seiner Vorgänger aufzuweisen hatte. Man rühmt sein soziales Empfinden und freut sich seiner Ungebundenheit im Spiel der politischen Kräfte. Mit Recht. Aber auch er wird nicht mit einem Schlage das Elend bannen, auch er wird hart kämpfen müssen gegen Unverstand und Böswilligkeit. Wenn etwas zu starken Hoffnungen berechtigt, die das deutsche Volk auf diese neue Führung setzt, so ist es die Tatsache, daß hier ein Führer steht mit gesundem, soldatischem Blick und ohne jede Voreingenommenheit. Ihm gilt nur sein Volk und sein Vaterland. Das wird ihn auch davor bewahren, die Wehrmacht in den politischen Streit zu ziehen. Der General, der das Wesen der Reichswehr kennt, der sie an unsichtbarer, aber verantwortungsreicher Stelle mit aufbauen half, weiß, daß ein Schwert schnell gezogen, aber nur schwer ohne Scharte wieder in die Scheide zu stecken ist.

Die Weltkrise des Außenhandels

Von Dr. **Arthur Dix.**

Die nachgerade alle Länder mit zunehmender Härte bedrängende Weltkrise des Außenhandels ist nur dann in ihren Ursachen richtig zu bewerten, in ihrer voraussichtlichen Dauer einigermaßen abzuschätzen, wenn der breite Untergrund der allgemeinen Weltwirtschaftskrise mit ihrem ungewöhnlichen räumlichen und zeitlichen Ausmaß ursächlich richtig erfaßt wird. Von dieser Erkenntnis hängen selbstverständlich auch die zu treffenden Abwehrmaßnahmen ab.

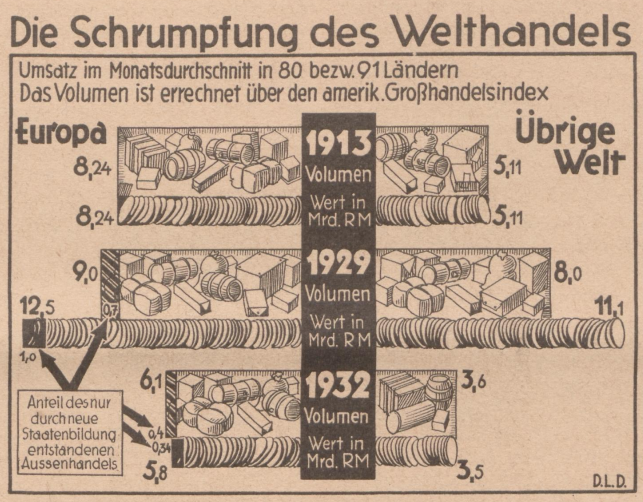
Wir müssen uns erinnern, daß die hinter uns liegende Zeit von 1815 bis 1914 ein — von den unausbleiblichen Konjunkturschwankungen abgesehen — einzig dastehendes Jahrhundert des wirtschaftlichen Aufschwungs im Zeichen einer nie zuvor in diesem Maße dagewesenen Vermehrung der schaffenskräftigen und konsumkräftigen weißen Bevölkerung gebildet hat.

In diesem Jahrhundert gestattete die Entwicklung von Wirtschafts- und Verkehrstechnik im Verein mit internationaler Wanderungsfreiheit und steigender Tendenz zur internationalen Gleichberechtigung im Warenaustausch ein weit über Verdopplung hinausgehendes Anwachsen der europäischen Bevölkerung bei gleichzeitiger Abgabe von Dutzenden von Millionen weißer Menschen an andere Erdteile zur Entwicklung auch ihrer Produktions- und Konsumkraft.

Mit dem Weltkrieg war nicht nur die internationale Freizügigkeit von Menschen und Waren beendet, sondern in einer ganzen Reihe vornehmlich europäischer Länder ein starker Konsumentenrückgang verbunden. Über die Auswirkungen dieses entscheidend wichtigen Konsumentenrückganges konnten die ersten Nachkriegsjahre in gefährlicher Weise hinwegtäuschen, da sie vorübergehend einen starken Hunger an Rohstoffen und Fabrikaten zeitigten, bedingt durch die Entblößung der Märkte von Friedensware unter den Auswirkungen der Kriegszeit. Dieser unmittelbare, aber nur vorübergehende Nachkriegsbedarf veranlaßte überall die technischen Fortschritte zur höchstmöglichen Produktionssteigerung, als ob der momentane Bedarfsaufschwung von unabsehbarer Dauer sein müßte.

So stand also einem Rückgang und weiterhin einer Stagnation der Konsumentenzahl in den wichtigsten Abnehmerländern bei obendrein teilweise noch durch Tributlasten und Kriegsschuldenzinsen schwer herabgedrückter Aufnahmefähigkeit ein gewaltiger Produktionsaufschwung gegenüber.

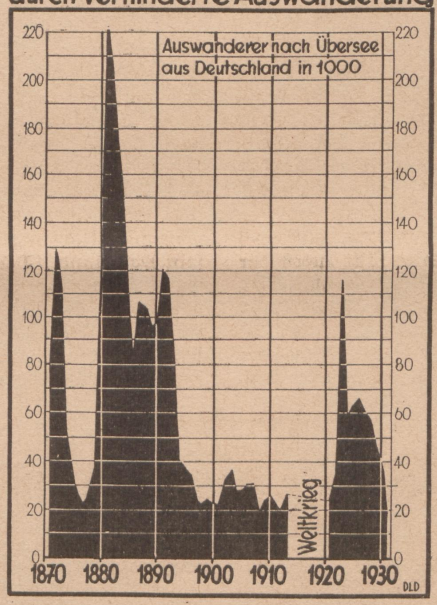
Der Unterkonsum wirkte vielleicht noch schwerwiegender als die Überproduktion. Die sich international ausbreitende schwere Not der Arbeitslosigkeit war bei näherer Betrachtung weniger auf ein Zuviel an Arbeitskräften als auf ein Zuwenig an kaufkräftigen Abnehmern zurückzuführen.



Um den eigenen Anteil an der Weltwirtschaftskrise herabzudrücken, glaubten so gut wie alle Länder, nach und nach in immer schärferem Maße Abschließungstendenzen betätigen zu müssen, für die in der Kriegszeit ja bereits eine Fülle von Vorbildern gegeben worden war.

Nach den Beispielen der Handelsreglementierung, des Handelskrieges und der Blockade wurden gewaltige Zollerhöhungen, Kontingentierungen, Einfuhrverbote durchgeführt, die nicht nur die Waren, sondern auch die Menschen betrafen. Gewisse Ansätze zu solchen Abschließungstendenzen waren hier und da auch schon vor dem Kriege zu beobachten gewesen. Jetzt aber wuchsen sie sich bis zum Übermaß aus, gefördert durch die Notwendigkeit der gleichfalls im Sinne der Einfuhrkontingentierung oder des Einfuhrverbotes wirkenden Devisenbewirtschaftung, zu der sich namentlich die Länder mit großen Kriegsschuldenlasten sowie jene veranlaßt sahen, denen aus politischen Gründen ihre Goldbestände von bestimmter Seite entzogen wurden.

Über die tatsächliche Schrumpfung des Welthandels, die mit dem immer weitergehenden Ausbau dieses Systems der handelspolitischen Abschließung verbunden war, täuschte zunächst die Tatsache noch einigermaßen hinweg, daß die Welthandelsstatistik nicht so enorme Rückgänge, besonders auch des europäischen Anteils am Welthandel, aufzuweisen vermochte, wie es dem wahren Tatbestand entsprochen hätte. Dieser europäische Anteil am gesamten Welthandel erschien in der Nachkriegszeit weit über seine wirkliche Verringerung hinaus aufgebauscht, weil in Europa zahlreiche neue Zollgrenzen geschaffen worden waren. Was früher beispielsweise in der Donaumonarchie lediglich von der Welthandelsstatistik nicht ergriffener Binnenhandel war, wurde jetzt plötzlich zum Außenhandel, der das ganze Bild der europäischen Handelsstatistik und ihres Anteils an der Welthandelsstatistik tiefgehend beeinflußte.



Wenn wir diesen Faktor gebührend berücksichtigen, werden wir gewahr werden müssen, daß Europas Rolle im gesamten Welthandel gegenüber der Vorkriegszeit an Bedeutung empfindlich mehr verloren hat, als aus den offiziellen Anschreibungen des Handels über die heutigen Zollgrenzen hervorgeht.

Zweifellos sind die Autarkiebestrebungen, die Industrialisierungsbestrebungen in bisher der Industrie ermangelnden Ländern, die verschiedensten Methoden zur Herabdrückung der Einfuhr an Waren und Menschen zunächst als Folge der allgemeinen Weltwirtschaftskrise anzusehen. Ebenso zweifellos aber führt die künstliche Verschärfung der Weltkrise des Außenhandels zugleich zu einer weiteren Zuspitzung der allgemeinen Weltwirtschaftskrise. Indem sie den Absatz von Produkten weiter erschwert, erschwert sie zugleich die Aufnahmefähigkeit der betreffenden Produzenten für andere Waren des Welthandels. Eine Schlange, die sich in den Schwanz beißt!

Es ist eine Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln, wenn durch wirtschaftliche Maßnahmen ein Land das andere schädigt, wenn insbesondere ein Kampf um politische Hegemonie weitergeführt wird durch Maßnahmen, die zur wirtschaftlichen Hegemonie führen sollen, wie insbesondere durch Goldhortung mittels der Entziehung von Geldreserven aus anderen Ländern. Durch solche Maßregeln wird nur die Devisennot der betroffenen Länder gesteigert und eine Devisenbewirtschaftung erzwungen, die wiederum unausbleibliche wirtschaftliche Abschließungstendenzen fördert.

Werfen wir einen Blick auf unsere besondere Lage in Deutschland, so finden wir hier einen geschrumpften Binnenmarkt infolge künstlich verengerter Grenzen infolge gestoppter Volksvermehrung, infolge über das tragbare Maß hinausgehender Lasten der verschiedensten Art, die zum erheblichen Teile bedingt waren durch die uns so viele Jahre lang auferlegten Tribute, weiter infolge der Bedrückung der Wirtschaft durch die hohen Auslands- und Inlandszinsen. Zugleich ist der Außenmarkt durch die Abschließungstendenzen der anderen Länder gleichfalls wesentlich eingeengt.

Wir befanden uns in der Zwangslage, schon aus Gründen der notwendigen Devisenbewirtschaftung die Einfuhren empfindlich drosseln zu müssen, was auf der Gegenseite wiederum weitere Maßnahmen zur verringerten Aufnahme deutscher Ausfuhr herbeigeführt hat. — Versuche zur Marktausweitung stießen auf politische Behinderung, insbesondere die Versuche in Richtung auf eine Zollunion mit Österreich und Präferenzzollverträge mit südosteuropäischen Ländern, durch deren Verwirklichung schließlich das „Donauproblem" eine unpolitische, rein wirtschaftliche Lösung hätte finden können.

Soweit eine Behebung der schweren Nöte innerhalb der deutschen Grenzen und durch Deutschland allein überhaupt möglich ist, versucht man eine innere Markterweiterung durch gesteigerte Siedlung, die auch ein neues Volkswachstum ermöglichen könnte; ferner durch verschiedene Methoden der Arbeitsbeschaffung und der Entlastung des Arbeitslosenkontingents durch Kurzarbeit. Kaufmännische Selbsthilfe hat hier und da eingesetzt, indem große Tauschhandelsorganisationen geschaffen worden sind, um auf diesem Wege innerhalb der Zwangslage der Devisenbewirtschaftung eine etwas größere Bewegungsfreiheit im Außenhandel zu erreichen.

Da aber die Erscheinungen der Weltwirtschaftskrise im allgemeinen und insbesondere die Weltkrise des Außenhandels durchaus internationale Erscheinungen sind und auf Ursachen zurückgeführt werden müssen, deren Beseitigung schlechterdings nicht in der Machtvollkommenheit eines einzelnen Landes liegt, so erklärt sich hinlänglich der Ruf nach Weltwirtschaftskonferenzen, die mit ihren Beratungen dahin führen sollen, gemeinsame Abwehrmaßregeln gegen die verhängnisvolle Krisenausweitung zu finden.

Aussicht auf Erfolg kann aber auch die Weltwirtschaftskonferenz nur dann verheißen, wenn die führenden Länder zu der Einsicht der wirtschaftlichen Verbundenheit gelangen und erkennen, daß die gegenwärtigen Methoden immer schärfer zugespitzter Abschließungstendenzen im Außenhandel nur dazu führen, die Kontrahenten zu schwächen und dadurch den eigenen Außenhandel zu schädigen.

Voraussetzung für eine wirkliche Behebung der allgemeinen Weltwirtschaftskrise ist, daß man sich über ihre Entstehungsgründe klar wird und das Übel an der Wurzel zu packen sucht. Wir haben gesehen, daß die Hauptursachen in Überproduktion und Unterkonsum zu finden sind.

Der Überproduktion kann zweckmäßig nur begegnet werden durch internationale Vereinbarungen über Produktionseinschränkung im Übermaß gewonnener Rohstoffe und durch ebenso international zu vereinbarende Arbeitszeitverkürzung entsprechend der gehobenen Technik.

Es ist kein Zufall, daß sich auch heute wieder nach den großen Verbesserungen der Technik und nach der Ära der Rationalisierung ähnliche Anklagen gegen die Maschine richten, wie vor einem Jahrhundert in der Zeit ihres Aufkommens. Wie sich aber in weiterer Folge während des vorigen Jahrhunderts mit Hilfe der maschinell arbeitenden Industrie eine ungeheure Konsumsteigerung und eine ungeahnte Mehrung der Konsumentenzahl bei fortschreitend günstiger gestalteten Arbeitsbedingungen hat ermöglichen lassen, so muß es auch heute die Aufgabe der technischen Wirtschaft und der Sozialpolitik sein, die Lebensbedingungen zu verbessern und einer gesteigerten Zahl von Menschen bei günstigen Arbeitsbedingungen ihre Vorteile zugute kommen zu lassen.

Dabei erhebt sich insbesondere die Frage, wie der Stagnation in der Zahl der weißen Konsumenten zu begegnen ist. Wenn im vorigen Jahrhundert viele Millionen von Europäern ausgewandert sind zur wirtschaftlichen Nutzung nichteuropäischer Länder der gemäßigten Zone und dadurch eine beispiellose Erweiterung der Weltmärkte herbeigeführt haben, so bleiben uns heute vornehmlich die Aufgaben übrig, auch geeignete Gebiete warmer Länder, vor allen Dingen die tropischen Hochländer mit den Weißen zuträglichem Klima, in Kolonisation zu nehmen, den Kampf gegen Wüste und Urwald und gegen die gesundheitlichen Schäden der warmen Länder mit aller Energie und mit vereinten Kräften zu führen.

Familie und Staat

Von Luise Diel

Krisenzeiten bringen es mit sich, daß alles Bestehende und alle eingewurzelten Begriffe auf ihre Echtheit und Daseinsberechtigung hin geprüft werden. Man lehnt es ab, nach altem Maßstab zu bewerten. Was gestern noch als schön galt, wird heute als altmodisch und gefühlsüberlebt abgetan. Jedes Ding soll ein neues Gesicht bekommen und neuzeitlichen Richtlinien entsprechen. Was es schon zu Großmutters Zeiten gab, kann doch nicht mehr der modernen Frau genügen! Sie verlangt auch von der Ehe ganz etwas anderes, sie will — —

Auch darüber wird soviel geredet und geschrieben! Die modernen Schlagworte „Kameradschaft, Gleichberechtigung, Freiheit" sind schon so verbraucht, daß nicht mehr viel Kraft aus ihnen zu schöpfen ist. Und außerdem umfassen sie nur Theorien, die so schwer in der Praxis in Erscheinung treten. Da sieht denn alles ganz anders aus. Die ersehnte Gleichberechtigung verlangt von der Frau unglaubliche Opfer und zwiefache, wenn nicht gar dreifache Leistung, nämlich als Hausfrau, als Berufstätige und als Mutter.

Mutterschaft und -glück werden heute leider als Problem diskutiert. Die Not der Zeit baut Schranken. — Die Einstellung ist auch eine andere, Form und Inhalt der Ehe werden unter andere Gesichtspunkte gestellt. Man ist ja viel freier ohne Kinder und kann sich viel mehr vornehmen. Auch die Räumlichkeiten und nicht zuletzt die Mittel, die zur Verfügung stehen, lassen sich anderweitig ausnützen. Ein Kind ist eine Fessel . . .

Aber eine solche innigster Verbundenheit! Denn in dem Kinde schlägt die Ehe ihre tiefsten Wurzeln und finden Mann und Frau jeder sich selbst und jeder den anderen. Die Einigkeit Mann-Weib gestaltet sich als Vater und Mutter ehrfürchtiger. Denn das Kind ist die ewig neue Inkarnation der Liebe und des Ewigkeitsgedankens. Die Gemeinschaft von Mann und Frau, vom Ich und Du, erfährt durch das Kind eine höhere, weitertragende Lebensbestimmung, eine Verankerung im Morgen.

* * *

Man vermengt heute Ehe und Wirtschaftsnot in einer Weise und bringt sie in Beziehung zueinander, als ob die Ehe auch nur eine Tagesfrage wäre und als solche zu behandeln sei. Wenn sie es wäre, so würde sie damit ihre tiefste Erfüllung und Grundtendenz verlieren. Wenn das materielle Moment derart entscheidend ist und die Kinderfrage nur ein rationelles Rechenexempel darstellt, wenn man kühl und sachlich ein Geburten-Feierjahr propagiert, so wie man über einen Wohnungswechsel oder eine sachliche Neuanschaffung disponiert — wo bleibt da die Kenntnis und Trennung von vergänglichen und bleibenden Werten!

Darf wirklich die Wirtschaftsnot allein für den starken Geburtenrückgang von etwa 20 v. H. verantwortlich gemacht werden? Heute entfallen auf eine Familie kaum noch drei Kinder, ganz zu schweigen von den vielen Jung-Ehen, die sich die Einkind-Ehe oder Keinkind-Ehe zum Vorbild nehmen. Hand aufs Herz: Sind es immer und überall nur wirtschaftliche Bedenken, die die Kinderfrage problematisch zur Erörterung bringen? Schließlich gab es früher auch nicht nur Gutverdiener, und es gründeten die jungen Leute oft mit sehr bescheidenen Mitteln einen Hausstand. Dann schränkte man sich ein, und es ging auch.

* * *

Es sind wahrhaftig nicht die rückständigsten und blindesten Zeitgenossen, die die Tätigkeit der Frau in ihrem Interesse wieder mehr ins Haus verlegen möchten! Die Frau und Mutter hat ein Recht darauf. Sie kann und darf ihre Kraft und Gesundheit nicht im aufreibenden Berufskampf verbrauchen, wenn dies sich irgendwie umgehen läßt. Was die Arbeit einbringt, geht auf der anderen Seite dem Heim und den Kindern und nicht zuletzt der Frau selbst zum guten Teil wieder verloren. Eine Mutter ist naturgemäß unersetzlich. Das gilt für die täglichen tausend Kleinigkeiten und Kleinfragen des Alltags, das gilt aber vor allem für die große Erziehungslinie. Die deutsche Zentrale für Jugendfürsorge hat festgestellt, daß in 60,3 v. H. aller Fälle von jugendlichen Verbrechern die Mütter berufstätig waren.

Aber soll man darum denen recht geben, die lieber auf Kinder verzichten, um in keinerlei berufliche und sonstige Bedrängnis zu geraten? Nicht weniger als 30—40 v. H. aller neugeschlossenen Ehen in Preußen bleiben heute kinderlos. Und stellt man an die jungen Frauen dann die eindringliche Frage, ob sie glücklich sind, so kommt doch eines Tages das Bekenntnis, daß der Beruf oder die kinderlose Ehe sie auf die Dauer nicht voll ausfüllt und eine Leere zurückläßt. Die echte Frau vermag nicht die in ihr schlummernde Mütterlichkeit und den Drang, sich einer höheren Aufgabe hinzugeben, selbstisch abzudrosseln, ohne ihr ganzes Wesen und Sein zu gefährden. Auch das liebevolle Eingehen und Umstellen auf Dritte, auf charitative Arbeit oder gar auf Tiere und Pflanzen ist und bleibt, trotz mancher Befriedigung, die es bieten mag, letzten Endes Ersatz.

Mutterschaft ist weder modern noch unmodern, weder klug noch dumm, weder anspruchsvoll noch bescheiden, sie ist naturgegeben, schicksalhaft und elementar. Sie ist Ausgangspunkt und Endziel unseres Erdenlebens, sie ist der Faden, an dem alles hängt und der alles verbindet. Wie klein und beschränkt ist von dieser hohen Warte gesehen die Verquickung von (zeitbedingter) Wirtschaftsnot — die sich erfahrungsgemäß wieder bessert — und Nachkommenschaft!

* * *

Die deutsche Frau war als gute Mutter weltbekannt. Dies Omen von gestern betrachtet die junge Generation mit kritischem Blick. Noch zehrt sie vom Gute der Familie, der mütterlichen Mitgift — sie gibt sich aber wenig Rechenschaft darüber und stellt dieses Erbteil nicht hoch in Kurs. Was wißt ihr vom Kampf, vom Sehnen der Jugend, wißt ihr, wo hinaus wir wollen!

Aber der Mensch kann nicht über sich selbst hinaus und auch nicht über die Liebe und die ewigen Gesetze von Stirb und Werde. Er kann die Ehe umstellen und zu verwandeln versuchen, so viel er will — einen neuen, höheren Inhalt kann er ihr nicht geben! Vielseitigkeit kann Fortschritt bedeuten, aber nicht immer ist das identisch. Auch hier schließt sich der Kreis, und man findet sich plötzlich wieder am Ausgangspunkt und erkennt nun als gereifter Mensch, daß die großen Lebenslinien und Umrisse festliegen und nicht gesprengt werden können.

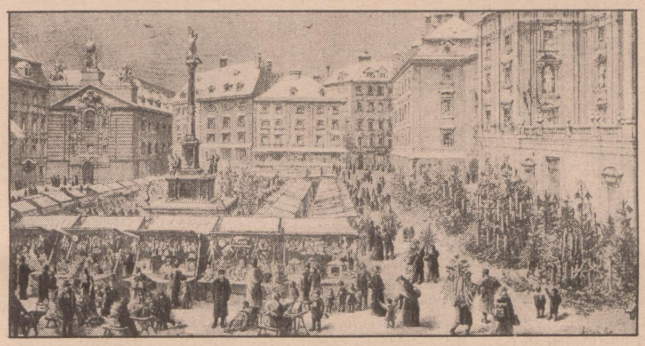
Das Kind als Sinn der Ehe — der kindlich-gläubige Mensch und der geklärte-lebenserfahrene treffen sich an diesem Pol. Dazwischen liegen die Zeiten der Kämpfe und der Wirren, in denen jeder die Kette des Prometheus zu zerreißen versucht — um frei zu sein! Um eben Rechte am Ich in freier Verfügung zu beweisen. Um seinen eigenen Weg zu gehen. Manche Frau hat sich Ziele gewählt und ihren Mitschwestern eine Fährte gewiesen, die nicht nur frauenwürdig, sondern wahrhaftig lebenswert ist. Aber wofür kämpfen sie? Um die Mutterschaft auf eine höhere Ebene zu stellen, um dem Kinde einen besseren Schutz angedeihen zu lassen. Die ganze Frauenarbeit ist genau wie die Männerarbeit Mittel zum Zweck, um der Menschheit bessere Lebensmöglichkeiten zu geben. Und der erste Nutznießer aller Errungenschaften muß die Familie, muß die Mutter sein, die ihrerseits der Zukunft, der Menschheit dient, indem sie Kinder gebärt und zu etwas Tüchtigem heranzieht.

Weihnachtsmarkt / Von Walther Nissen

„Der ist nie jung gewesen", schreibt Wilhelm Raabe, „der nicht noch als reifer, vernünftiger, ja weiser Mensch — um nicht zu sagen als alter Esel — auf einer Wanderung durch die Weihnachtszelte und Buden seines deutschen Heimatortes plötzlich den Wunsch fühlt, einen Hampelmann zu erstehen oder ein Pfefferkuchenherz, oder irgend etwas blitzendes und klingelndes, und der nicht dann, wieder ernst geworden, auf das verfluchte Älterwerden schimpft, das sein ewig junges Herz in die grauen Spinnweben der Würde lächerlich genug vermummt und einengt!"

Besonders denen unter uns, die aus Breslau, aus Hamburg, aus Nürnberg, aus Dresden oder aus Berlin sind — Städten also, die eine besonders schöne Weihnachtsmarkt-Tradition haben —, wird merkwürdig zumute, wenn sie sehen, wie das einfache Spielzeug ihrer Jugend, dem Sturm der Zeit zum Trotz, nahezu unverändert geblieben ist und den jüngsten Nachwuchs genau so entzückt, wie die weisen Väter; um nicht zu sagen . . .

Alt-Berlin: Weihnachtsmarkt in der Breiten Straße um 1820



Christmarkt am Hofe in Wien

All diese Märkte haben sich — wir wissen es aus Beschreibungen und alten Kupferstichen — seit dem 15. Jahrhundert erhalten. Ihre Geschichte geht also bis ins frühe Mittelalter zurück, in jene Epoche, in welcher der deutsche Handel noch selbst in den Kinderschuhen steckte und seine ersten Schritte versuchte. Natürlich steht der „Kindl-Markt" von Nürnberg, der Stadt des „Nürnberger Tands", obenan. Wie vor 500 Jahren sind noch heute öffentliche Plätze und bestimmte Straßen den Ausrufern freigegeben, Menagerien sind aufgestellt, und der „Elefant aus dem Mohrenland" wird von jungen Augen sicherlich nicht weniger bestaunt als eh und je. Freilich brachte damals der Kindl-Markt mit dem Einzug der vielen fremden und reichen Gäste wesentlich größere Aufregung als heut in die damals stille, befestigte Stadt. Immerhin wurde auch damals, wie heute, der einfache volkswirtschaftliche Vorgang des Kaufens und Verkaufens durch eine Fülle von gleichsam volksliedhafter Poesie verklärt . . . Vom Christmarkt in Breslau — ebenfalls Kindl-Markt genannt — gilt gleiches. Die langen Budenzelte stehen dort um das uralte Rathaus auf dem „Ring", und wenn plötzlich der Dichter, Herr Johannes Scheffler (genannt Angelus Silesius), auferstände und hier als „Cherubinischer Wandersmann" spazierenginge, er würde das alles nicht sehr verändert finden und sich an den Kopf tippen, wenn ein Historiker ihm beweisen wollte, der Tag seiner Geburt liege schon 500 Jahre zurück und sogar etwas darüber. — Auf dem Dresdner „Striezelmarkt" wurden anfangs nur Dresdner Stollen verkauft, später auch Spielzeug wie überall. Besonders jene Schachteln mit den rührenden Ochslein und Eselchen der erzgebirgischen Holzschnitzer. — Eine besondere Note hatte von jeher der Hamburger Weihnachtsmarkt, „Hamburger Dom" genannt. Hier verkauften die Matrosen immer schon gern ihre mitgebrachten Kuriositäten und Andenken. Durch das internationale Leben einer großen Hafenstadt bekam alles ein eigenartiges Gepräge. — Was Berlin anbelangt, so hat der Weihnachtsmarkt (wie manche anderen Berliner Dinge) heute hier keinen Mittelpunkt mehr, sondern breitet sich in fast allen Stadtteilen aus. Ursprünglich um die Nicolaikirche herum gelagert, dehnte er sich später, unter dem Kopfschütteln der alten konservativen Berliner jener Zeit, in die Nebenstraßen aus und eroberte Anno 1750 sogar den Schloßplatz. Das grenzte ja nun schon an Revolution. Mehr als 100 Jahre später schrieb der Dramatiker Felix Philippi über diesen Markt: „. . . Was für Herrlichkeiten . . . ! Leinewand aus Schlesien und lange Schäftestiefel aus Kalau, Puppen mit blödsinnigen Gesichtern, Henkelvasen aus Porzellan zu intimen Zwecken, karierte Bettbezüge und taubstumme Kanarienvögel, echte Nerzpelzmützen aus Lampes edlem Fell, Veilchenseife, Rückerts „Liebesfrühling", Hosenträger mit der in Wolle gestickten, ernsten Mahnung: „Bleib mich treu!" usw." Heute ist, wie überall, auch hier das Gemüt ein wenig zurückgedrängt worden. Heute ist wichtiger als alles andere die Tatsache geworden, daß der um die Weihnachtszeit überall freigegebene Straßenverkauf Tausenden von Erwerbslosen einen Verdienst schafft.

So kommen die volkswirtschaftlichen Bedürfnisse, aus denen damals, im Mittelalter, der Weihnachtsmarkt sich entwickelt hatte, heute wieder ganz klar zum Vorschein. Es vermindert den Zauber der Weihnachtsmärkte nicht, wenn man sich bewußt wird, daß es, heute mehr als je, nicht bloß zu schauen gilt, sondern auch zu kaufen. Jeder, der noch ein bißchen Geld übrig hat, möge etwas davon den Straßenhändlern um Weihnachten zukommen lassen. Man mag ihnen ruhig ihre am Gummischlauch wackelnden Stoff- oder Pelzhündchen, ihre künstlichen Mäuse oder Krokodile abkaufen. Es gibt kein Kind, das sich nicht diebisch über so etwas freut. Und ist einer in der bedauernswerten Lage, kein Kind zu haben oder zu kennen, so kann er sich mit solchem Gummihündchen sehr schön selber beschäftigen. Auch wenn er ein reifer, vernünftiger, ja weiser Mensch ist. Um nicht zu sagen . . . Der ist nie jung gewesen (könnte man im Geiste Wilhelm Raabes schließen), der nicht, wenn er ein Deutscher ist, auf den Weihnachtsmärkten, zwischen dem Gebrumm der „Waldteufel", dem Geknatter der Knarren, dem Geschrei der Ausrufer und durch den dicken Dunst blakender Lampen hindurch, die versunkenen Zauberglocken seiner Jugend wieder ganz himmlisch läuten hört. Schlechte Zeiten? Es gibt keine schlechten Zeiten, wo diese Glocken klingen!

Weihnachtsmarkt — Holzschnitt von Ludwig Richter

Zur Zeitgeschichte

Die Aufhebung der sozialpolitischen Ermächtigung

Der Reichstag hat die Aufhebung des sozialpolitischen Teils der Notverordnung vom 4. September beschlossen, die Reichsregierung hat den Beschluß hingenommen und dementsprechende Maßnahmen eingeleitet.

Damit ist die Ermächtigung der Reichsregierung zur selbständigen Änderung des Sozialrechts wieder rückgängig gemacht und das in der Reichsverfassung vorgesehene Mitwirkungsrecht der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bei der Festsetzung der Arbeitsbedingungen wieder hergestellt. Es heißt im Art. 165 der Reichsverfassung, die Arbeiter und Angestellten bzw. ihre Organisationen sind dazu berufen, „gleichberechtigt mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen . . . mitzuwirken", „die beiderseitigen Organisationen und ihre Vereinbarungen werden anerkannt". Diese Anerkennung des Mitbestimmungsrechtes der sozialen Parteien durch Art. 165 ist nicht nur als eine allgemeine Richtlinie für die soziale und arbeitsrechtliche Gesetzgebung anzusehen, sondern auch als verfassungsrechtliche Garantie. Diese Meinung hat das Reichsgericht in seinem Urteil vom 28. Februar 1931 (RAG. 360/30, Bd. 11, S. 385 f., S. 387) unmißverständlich zum Ausdruck gebracht, indem es von der in Art. 165 „ausgesprochenen Anerkennung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen als zur Mitwirkung bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen berufener, gleichberechtigter Faktoren" spricht und diese Mitwirkung als eine „durch die Einführung der sozialen Selbstverwaltung übertragene öffentlich-rechtliche Aufgabe" bezeichnet.

Die zeitweilige Beseitigung des Mitwirkungsrechtes der Arbeitgeber und Arbeitnehmer durch die Notverordnung vom 4. September war angesichts dieser Rechtslage von vornherein nur als eine befristete Notmaßnahme für eine kurze Übergangszeit gedacht. Der soziale Frieden sollte während der gefahrdrohenden Wintermonate unter allen Umständen gewahrt bleiben, und um ihn zu erhalten bedurfte es nach Ansicht der Reichsregierung der vorübergehenden Ausschaltung der sozialen Parteien aus der Gestaltung der sozialen Ordnung. Es wird nunmehr an den sozialen Parteien sein, zu beweisen, daß von ihrer Seite eine Gefährdung des inneren Friedens nicht zu befürchten ist, und daß auch sie die Bedeutung der inneren Solidarität der Nation für den außenpolitischen Wiederaufstieg anerkennen. Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände haben während des Ruhrkampfes, in der Separatistenabwehr, in der Abwehr des Bolschewismus und anderer staatsauflösender Bewegungen ihre staatspolitische Verantwortung oft und oft bewiesen. Sie werden auch diesesmal sich des Vertrauens würdig erweisen, das Volksvertretung und Regierung in sie setzen.

Die Arbeiterschaft aber wird in ihrer Gesamtheit mit Genugtuung feststellen, daß das „freie Ermessen", die Alleinbestimmung der Reichsregierung durch die Mitbestimmung kollektiver Einheiten ersetzt, und damit der Gedanke des Rechtsstaates für die soziale Ordnung wieder hergestellt ist. Professor Dr. Rauecker.

Nahrungsmittelverbrauch im Zeichen der Krise

Die Not der bäuerlichen Veredlungswirtschaft ist zum großen Teil eine Folge der gesunkenen Kaufkraft der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung Deutschlands. Stark gesunken ist insbesondere das Einkommen der Lohn- und Gehaltsempfänger und in den letzten Jahren auch das Einkommen der von den verschiedensten Gruppen der sozialen Fürsorge Unterstützten. Beide Einkommen machen einen immer größer werdenden Anteil am Nationaleinkommen aus, da das Einkommen der selbständigen Unternehmer in Landwirtschaft, Industrie, Handel, Verkehr, Handwerk und andern freien Berufen im Vergleich zur Vorkriegszeit sehr zusammengeschmolzen ist. Jeder Lohn- und Gehaltsabbau hat den Absatz der Nahrungs- und Genußmittel des „elastischen" Bedarfes, d. h. der Waren, deren Verbrauch auf die Einkommensänderungen empfindlich reagiert, eingeengt. Die Folgen konnten nicht ausbleiben: Der Index für pflanzliche Nahrungsmittel (1913 = 100 v. H.) ist bis Mitte November auf 99,8 v. H., der für Schlachtvieh auf 66,1 v. H. gefallen! In den letzten zwei Jahren sind die Viehpreise halbiert worden; die Milchpreise sind bis zu 4 bis 6 Pf. in einzelnen Gegenden gesunken; die Anbaufläche für die Zuckerrüben ist um mehr als die Hälfte eingeschrumpft; große Mengen von Gemüse und Obst kommen nutzlos um, weil die Nachfrage zu gering ist. Der Ladenhandel spürt die Einschrumpfung der Kaufkraft in erster Linie: der Umsatz im Lebensmittelhandel ist allein im ersten Halbjahr 1932 um 17,8 v. H. gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres zurückgegangen. Alles in allem: eine erschreckende Verlustliste der deutschen Ernährungswirtschaft. Auf Grund der Wirtschaftsrechnungen über die Ausgabenverwendung in Arbeiter- und Angestelltenhaushaltungen bis zu 3000 RM. aus den Jahren 1927/1928 kann man sich auch jetzt noch ein einigermaßen zuverlässiges Bild davon machen, wie der Absatz von Nahrungs- und Genußmitteln auf die Änderungen in den Einkommensgrößen reagiert. Wir können da feststellen, daß mit zunehmendem Wohlstand der Verbrauch an Roggen-, Schwarz-, Misch- und Graubrot sowie an Kartoffeln abnimmt, während der Verbrauch an Eiern, Milch, Butter und Käse bis zu einer Einkommenshöhe von 2000 RM. anwächst. Bei einer Einkommenshöhe von mehr als 2000 RM. tritt im Verbrauch von Eiern, Milch usw. ein gewisser Sättigungsgrad ein, besonders in den Angestelltenhaushaltungen. Ähnlich steht es bei dem Verbrauch von frischem Fleisch und von Fleischwaren (Wurst, Speck, tierischen Fetten und Aufschnitt), deren Gesamtverbrauch insgesamt erheblich geringer ist als der von Eiern und Molkereiwaren. Auffallend starr und klein ist der Zuckerverbrauch — das ist aber eine Folge des hohen Zuckerpreises. In allen Einkommensstufen wächst der Verbrauch von Gemüse, Obst, Genußmitteln und Getränken sowie Tabak; — hier ist bei einem Einkommensatz von 3000 RM. noch kein Sättigungszustand zu bemerken. Insgesamt spiegelt sich die Anpassung des Nahrungsmittelverbrauches an die verschiedenen Einkommensgrößen in folgender Tabelle wieder. Es betrugen die jährlichen Ausgaben je RM. bei einem Jahreseinkommen von RM.:

	in Arbeiterhaushaltungen				in Angestelltenhaushaltungen				
	700	1000	1400	1800	700	1500	2000	2500	3000
Roggen-Mischbrot	45	40	35	33	39	33	30	28	28
Kartoffeln (ingk.)	28	26	24	21	50	47	42	39	37
Eier, Milch, Butter	57	88	120	140	63	122	150	159	161
Frisches Fleisch	37	44	60	78	40	56	72	80	85
Fleischwaren	34	47	63	72	37	52	64	69	72
Zucker	10	12	13	13	11	12	12	13	13
Gemüse, Obst	20	31	44	57	28	43	58	65	73
Koloniale Getr. usw.	12	17	24	30	14	24	30	36	38
Genußmittel, Tabak	19	37	61	85	20	45	61	77	88

Man kann diese Tabellen auch rückwärts lesen und muß dann feststellen, daß das allgemein gesunkene Lohn- und Gehaltsniveau den Absatz der bäuerlichen und gärtnerischen „Veredlungsprodukte", also von Eiern, Milch, Butter, Käse, Fleisch und Fleischwaren, Obst und Gemüse, und erst recht den Absatz der Genußmittel einengt und deren Erzeuger — Millionen deutscher Bauern, Gärtner und vieler tausend Arbeiter, Handwerker und Kaufleute — um ihre Existenz zu bringen droht. Aber auch die Erzeuger der wichtigsten Nahrungsmittel, die Getreide- und Kartoffelbauern, können daraus keinen dauernden Gewinn ziehen. Denn der Verbrauch an Brot und Kartoffeln ist in den letzten Notjahren ebenfalls nicht gewachsen, sondern weiter gesunken. Aus den obigen Tabellen ist klar zu erkennen, daß die Kaufkraft der breiten Volksmassen der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung und die Rentabilität der bäuerlichen Veredlungswirtschaft auf Gedeih und Verderb miteinander verknüpft sind! R.

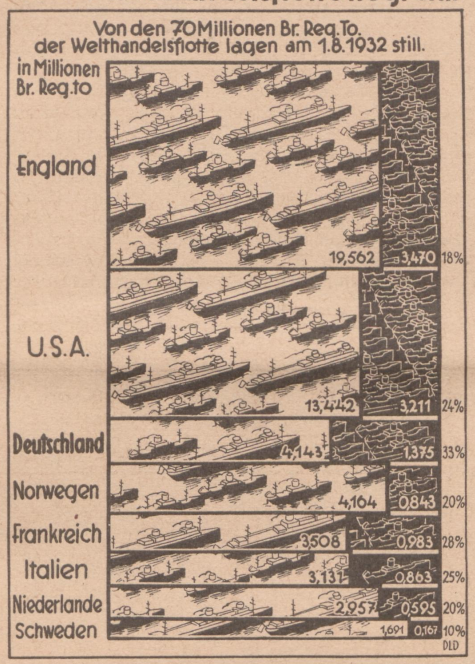
Deutschland und die Schiffahrtskrise

Die überall auftretenden ersten Anzeichen einer aufkommenden Konjunkturbelebung haben sich auf einem Gebiet noch nicht bemerkbar gemacht, der internationalen Seeschiffahrt. Fast hat es sogar den Anschein, als seien gerade in den letzten Monaten der Welthandel und damit auch der Weltgüterverkehr von neuer Flaute ergriffen.

Das Mißverhältnis zwischen Schiffsbestand und Güterverkehr vor allem hat die Lage der Schiffahrt in der Welt und Deutschlands höchst unheilvoll beeinflußt. Während des Krieges war es entstanden, und in der Nachkriegszeit hat es sich noch verschärft. Ein Beispiel. Gegenüber dem Durchschnitt der Jahre 1909/1913 bis 1929, dem weltwirtschaftlichen Höhepunkt, hatten sich die Verschiffungen von Waren um etwa 36 v. H. erhöht, während der Schiffsbestand im gleichen Zeitraum um 56 v. H. sich steigerte. Berücksichtigt man ferner die gewaltigen schiffstechnischen Verbesserungen der letzten Zeit, so kann man die Steigerung der Transportmöglichkeit in dem genannten Zeitraum auf rund 65 v. H. schätzen. Die Weltwirtschaftskrise hat das offensichtliche Mißverhältnis noch weiter gesteigert. Der Schiffsbestand hat sich laufend erhöht, der Güterverkehr ist katastrophal geschrumpft. Die Welt-Tonnage ist 1932 gegenüber dem Durchschnitt der letzten Vorkriegsjahre um etwa 60 v. H. gestiegen, während der Güterverkehr in diesem Jahre um etwa 7 v. H. unter dem Jahresdurchschnitt 1909/1913 liegt.

Deutschland ist auch hierbei am härtesten betroffen. Folgen wir einer englischen Statistik, so sehen wir, daß von dem gesamten deutschen Schiffsraum 1932 rund 31 v. H. stillgelegt waren. Weit besser schneiden andere schiffahrttreibende Länder ab, vor allem Japan, das nur 8 v. H. seines Schiffsbestandes auflegen mußte (zum großen Teil waren es Kriegs- und Rüstungstransporte, die Japan zustatten kamen); dann England, das in dieser Beziehung die Vorteile der Pfundentwertung vorübergehend einheimsen konnte. Aber auch bei anderen Ländern, den Vereinigten Staaten, Norwegen, Schweden, Italien, Holland usw., hat die Schiffahrtskrise bei weitem nicht den gleichen Grad erreicht.

1/5 der Welthandelsflotte liegt still



Was kann zur Milderung der Schiffahrtskrise geschehen? Eifrig ist man, hier wie dort, bemüht, Abhilfemaßnahmen zu treffen. Die Schiffahrtsunternehmungen selbst suchen der Krise entgegenzuwirken. Was hauptsächlich notwendig ist, die Anpassung des Schiffsbestandes an den Güterverkehr, befindet sich im ersten Stadium. In diesem Jahre ist der internationale Schiffsbestand bereits um ein geringes, um 0,6 v. H., kleiner als im Vorjahre. Ferner haben einzelne Länder, neben den Vereinigten Staaten auch Italien und Deutschland, neuerdings öffentliche Mittel für Abwrackzwecke bereitgestellt. Die Verschrottung in Deutschland beginnt jetzt, und zwar sollen 400 000 Tonnen in einem Zeitraum von etwa 1½ Jahren verschrottet werden. Weltwirtschaftlich gesehen, werden aber die für die nächsten Jahre geplanten Abwrackunternehmungen den Schiffsbestand nur um wenige Prozent verringern. Das ist nur ein Anfang. Hoffen wir, daß eine allgemein steigende Konjunktur von selbst das große Mißverhältnis zwischen Schiffsbestand und Weltgüterverkehr allmählich ausgleichen wird.

K. H.

Die beiden Seiten der Minderheitenfrage

Daß die nationalen Minderheiten der Tschechoslowakei hart angefaßt und in ihren feierlich zugesagten Rechten häufig verkürzt werden, ist nach maßgebenden Teilen der tschechischen öffentlichen Meinung in der Ordnung. Gerade die jüngsten Schreckensurteile in Brünn gegen deutsche Jungen und Jünglinge der Sudetenländer, denen im Kern nicht mehr nachgewiesen werden konnte, als jenseits aller Politik Fühlung von Mensch zu Mensch mit Altersgenossen in den beiden Nachbarstaaten deutscher Nation unterhalten zu haben, fanden im tschechischen Lager durchaus nicht jene Ablehnung, die alle Tendenzurteile gegen Minderheiten verdienen. Auch die Bewegungsfreiheit der zur Tschechoslowakei gekommenen Madjaren wird stark eingeschränkt. Das Blatt wendet sich aber, sobald es sich um die slowakische Minderheit im ungarischen Staat handelt. Da entdecken tschechische Politiker gar bald jene zwischenstaatlichen Minderheitenschutzverpflichtungen, an die sie im eigenen Bereich nicht gern erinnert werden wollen. Deshalb brachte auch jüngst ein Preßburger Blatt die heftige Anklage eines Slowakenführers in Ungarn gegen die neue ungarische Minderheitenpolitik. Diese Anklage wurde in Ungarn dem Slowakenführer sehr verübelt, und da er ungarischer Notar war, wurde ihm kurzerhand der Prozeß gemacht. Das madjarische Vorgehen rief nun wieder slowenische Stimmen auf den Plan, die noch zu Beginn des Winterhalbjahres leidenschaftlich gegen die Wünsche der untersteirischen Deutschen auf deutschen Schulunterricht Stellung genommen hatten, und brachten sie zu Feststellungen über die Heiligkeit der Minderheitenschutzverträge, die jeder Minderheitenfreund nur unterschreiben kann.

Diese Vorfälle zeigen, wie grotesk Versuche wirken müssen, für die eigenen Minderheiten in fremden Staaten Rechte zu fordern, die man den fremdsprachigen Minderheiten im eigenen Staate vorenthalten will. Europas Gesundung kann nicht im Zeichen einer doppelten Moral erfolgen, sondern nur in Befolgung des guten alten Sprichwortes: „Was du nicht willst, daß man dir tu, das füg' auch keinem andern zu!" Es geht auch nicht an, diese Fragen zu bagatellisieren. Die sorgfältige Beachtung der Minderheitenschutzverpflichtungen ist, wie erst jüngst der Reichsaußenminister von Neurath bei der Genfer Verhandlung der posen-pommerellischen Agrarbeschwerde gegen Polen betont hat, eines der wichtigsten Mittel, um Europa zu befrieden und die Beziehungen der Völker und Staaten wieder freundnachbarlich zu gestalten.

F. Lg.

Das Mandschureiproblem

In der außerordentlichen Völkerbundsversammlung, die am 6. Dezember zusammentrat, um den Bericht der nach der Mandschurei entsandten Studienkommission zu prüfen, kam es zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen dem chinesischen und dem japanischen Delegierten. Während der erstere Japan beschuldigte, unter offenem Bruch aller internationalen Verträge große Teile Chinas besetzt und in der Mandschurei einen Staat geschaffen zu haben, der nur von der Unterstützung des japanischen Generalstabs lebe, verteidigte der japanische Delegierte sich damit, daß die systematische Fremdenfeindschaft Chinas, die Umtriebe der chinesischen Generale in der Mandschurei und der antijapanische Boykott sein Land zur Notwehr gezwungen hätten. In der sich anschließenden Generalaussprache wandten sich die Vertreter der Tschechoslowakei, Schwedens, Norwegens und Irlands scharf gegen die japanische Chinapolitik, während die Vertreter Frankreichs und Englands ihren Willen bekundeten, an einer Lösung mitzuarbeiten, die alle beteiligten Interessen berücksichtige. Lediglich der deutsche Außenminister packte das Problem von einer höheren Warte an. Indem er das besondere Interesse betonte, das gerade ein entwaffneter Staat wie Deutschland an einer friedlichen Lösung aller im Völkerleben auftretenden Konflikte habe, führte er aus, wie der Völkerbund, so wenig er sich den lebendigen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte in der Mandschurei verschließen dürfe, doch die Aufgabe habe, diese Entwicklungen in friedliche Bahnen zu leiten, und daß, wolle man die Autorität des Völkerbundes für diesen seinen höchsten Zweck stärken und dem Drängen der Staaten nach machtpolitischem Ausgleich einen Riegel vorschieben, ein völliger Ausgleich der militärischen Machtmittel aller Staaten erfolgen müsse. Einen im Laufe der Debatte eingebrachten Entschließungsentwurf, der mehr oder weniger Japan als den Angreifer bezeichnete und von dem japanischen Delegierten mit der unverblümten Drohung des Austritts seines Landes aus dem Völkerbund beantwortet wurde, beschloß die Versammlung mit den übrigen Anträgen zum Lytton-Bericht der Neunzehner-Kommission das Material zu überweisen, zugleich mit dem Auftrag, Vorschläge für die Regelung des Streitfalles auszuarbeiten. Dem von der Kommission für diese Arbeit eingesetzten Redaktionskomitee gehören von den Großmächten England und Frankreich, von den kleineren Spanien, die Tschechoslowakei und die Schweiz an.

C.

Volkskalender 1933

Bücher werden gelesen und je nach dem Wert, den man ihnen zuerkennt, in die erste oder zweite Reihe des Bücherschranks gestellt. Mit den Kalendern oder Jahrweisern verhält es sich anders. Ihre Geltungsdauer ist von vornherein nur auf ein Jahr bestimmt. Wenn dieses Jahr um ist, haben sie ihren Zweck erfüllt und können weggeworfen werden. Aber nicht alle Kalender nehmen diesen Weg. Mancher von ihnen wird aufgehoben und auch in späteren Jahren immer wieder hervorgeholt. Das beweist, daß ein Kalender nicht nur ein reiner Nützlichkeitsgegenstand zu sein braucht, sondern auch höhere Zwecke erfüllen kann.

Was sind das für Zwecke? Wir nehmen einen Kalender zur Hand. Er ist schmuck und handlich und reich bebildert. Nach dem üblichen Kalendarium, das mehr oder weniger mit hübschen sinnbildlichen Darstellungen geziert ist, finden wir Aufsätze, die uns den besonderen Charakter des Kalenders verraten. Denn mancherlei Zwecke verfolgt der deutsche Volkskalender. Da ist zunächst, in seiner Vielfältigkeit ziffernmäßig am stärksten vertreten, der Heimatkalender, der für eine bestimmte Landschaft, für einen bestimmten Raumesbereich mit Liebe und Sorgfalt zusammengestellt ist. Da sind die Kalender der großen Organisationen, die alle Kreise des Volkes

über das ganze Reich hinweg erfassen und die den literarischen und bildlichen Teil ihres kalendermäßigen Jahrbuchs ihren Aufgaben und Zielen gewidmet haben. Da finden wir die Kalender, die gemeinnützige und private Unternehmer zu Werbezwecken für ihre Kundschaft zusammengestellt haben, und die neben dem Propagandamaterial viel Schönes und Belehrendes in Wort und Bild bringen.

Diese Vielfalt des deutschen Volkskalenders, die mit den angeführten Gruppen keineswegs erschöpft ist, beweist, daß der Kalender — noch immer — eins der wichtigsten Volksbücher ist, dessen Bedeutung weit über seinen Wert als kalendarisches Nachschlagebuch hinausreicht. Es muß rühmend anerkannt werden, daß die deutschen Volkskalender, auch die mit relativ kleiner Auflage, mit unendlicher Liebe und wirklicher Volkstümlichkeit zusammengestellt werden. In dem Heimatkalender finden wir zum größten Teil wertvolle Arbeiten und reizvolle Erzählungen, die in die Geschichte einer Landschaft, eines Kreises, eines Volksstammes oder unseres Vaterlandes einführen. Gedichte, Erzählungen, Plaudereien lockern den ernsten Teil auf und machen uns mit Heimatdichtern, Heimatpoeten und Humoristen der besonderen Mundart vertraut. Ein solcher Heimatkalender hat eine sehr gewichtige Aufgabe zu erfüllen: er wird nicht gedruckt, um irgendwelchem lokalpatriotischen Sonderwunsch das Wort zu reden, sondern um Zeugnis abzulegen vom geistigen und seelischen Schaffen einer Landschaft innerhalb der deutschen Volksgemeinschaft. (So der Heimatkalender für den Kreis Prenzlau 1933, 8. Jahrgang, herausgegeben vom Kreisausschuß des Kreises Prenzlau; der Masurische Volkskalender 1933, herausgegeben vom Ostdeutschen Heimatdienst Allenstein, der Volksdeutsche Kalender 1933, herausgegeben vom Deutschen Schutzbund Berlin, der Heimatkalender des Kreises Stuhm, Verlag Albrecht in Stuhm, um nur einige Beispiele zu nennen.)

Man kann nicht genug wünschen, daß sich diese wertvollen Volkskalender nicht nur halten, sondern sich immer mehr einbürgern. Denn auch die Kalender haben unter der Not der Zeit schwer zu leiden.

Neben diesen Heimatkalendern gibt es, wie gesagt, noch viele andere Arten von Kalendern, in denen Volkstümliches und Vaterländisches in ansprechender Form geboten wird. Unter den Kalendern, die von großen Organisationen hergestellt und verbreitet werden, nennen wir: das Kyffhäuser-Jahrbuch der Deutschen Krieger-Wohlfahrtsgemeinschaft, Kalender für 1933, Kyffhäuser-Verlag, Berlin; Deutschland heute und gestern, 1. Ost- und Westpreußen, ein Kalenderbuch für das Jahr 1933, Franckhsche Verlagshandlung, Stuttgart; Heer und Flotte, Wochenkalender 1933. Vertriebsstelle für nationale Literatur Dr. Riegler, Berlin. Diese Jahrbücher haben sich bestimmte Erziehungsziele gesetzt, die in den Aufgaben der herausgebenden Organisationen begründet sind. Auch sie werden zum allergrößten Teil mit außerordentlicher Sachkenntnis und echtem Gefühl für das Volkstümliche redigiert. Ihr praktischer Kalenderwert wird vielfach durch Hinweise erhöht, die für Haus, Familie und Beruf von Bedeutung sind.

Eine besondere Stellung nimmt unter den Kalendern der Abreißkalender ein. Neben den schmuckvollen Tageskalendern gewinnt der illustrierte, der vielfach eine Woche umfaßt, immer größere Bedeutung. Ob nun ein solcher Abreißkalender dem deutschen Wandern, den Schönheiten der deutschen Landschaft, den technischen Errungenschaften, der Kunst jeder Gattung gewidmet ist, ob in ergreifenden Bildern das deutsche Volkstum im Ausland oder in den deutschen Grenzgebieten dargestellt wird (Deutsches Wandern 1933, Reichsverband für Deutsche Jugendherbergen, Hilchenbach in Westfalen; Deutscher Reichsbahn-Kalender 1933, Konkordia-Verlag, Leipzig; Deutscher Reichspost-Kalender 1933, ebenda; Deutscher Auslandskalender 1933, Bund der Auslandsdeutschen, Verlag Berlin SW 68; Kalender des Auslandsdeutschtums 1933, herausgegeben vom Deutschen Ausland-Institut, Stuttgart), immer lernen wir neue Seiten unseres Volkstums kennen und können uns an Leistungen ermuntern, die zu aller Zeit von deutscher Hand und deutschem Geist in der Welt vollbracht worden sind. Viele dieser Blätter werden nicht im Papierkorb verschwinden, sondern in Mappen aufbewahrt werden. Es gibt immer wieder Stunden im Leben, wo man sie hervorholt und gern ansieht. Und das gleiche gilt für die Kalender, die für die Familie bestimmt sind (Mutter und Kind, Kalender 1933, Zentralverlag, Berlin W 35) und die der vernünftigen Lebensweise, der Freude und dem Glück im eigenen Heim dienen wollen. Erfreulich ist, daß dem Kinderkalender erhöhte Aufmerksamkeit gewidmet wird und daß man in Ausstattung, Preis und Inhalt eine Form gefunden hat, die ihm den Weg in die Herzen unserer Jugend erschließt (Freudenborn 1933, Ränzlein 1933, Heinzelmann 1933, alle im Verlag des Reichsverbandes für Deutsche Jugendherbergen, Hilchenbach i. Westf.). Nächst der Pflege des vaterländischen, heimatlichen und sittlichen Gedankens ist das ja die vornehmste Aufgabe des Kalenders: in die Herzen unserer Jugend gute Gedanken zu legen, im Spiel sie zu erheitern und im Ernst zu ertüchtigen.

Dr. Paul Herzog.

C. G. Langhans

Der Erbauer des Brandenburger Tors / Zu seinem 200. Geburtstag

Carl Gotthard Langhans d. Ä. wurde am 15. Dezember 1732 in Landeshut in Schlesien geboren und hat bis 1788 in Schlesien als Architekt, seit 1775 als preußischer Kriegs- und Oberbaurat gewirkt. Er gehört zu den Baumeistern, die den Klassizismus im Kampf gegen barocke Formbewegtheit zum Sieg führten, als Ausdruck einer durchaus bürgerlichen Gesinnung, die das feudal eingestellte Barockwesen abgelöst hat. Seine beiden in Berlin an hervorragender Stelle stehenden Werke lassen seine Rolle als Bahnbrecher und Übergangskünstler klar erkennen: der Marienturm und das Brandenburger Tor. Grundgesetz des deutschen Schaffens in den Jahrzehnten um 1800 ist die Zwiespältigkeit der Romantik, die Erfüllung ihrer revolutionären Zukunftsträume im Anschluß an vergangene Lebensformen suchte. Langhans folgt nur dieser zwingenden geistigen Haltung, wenn er den Ausbau des Marienkirchturms (1787) in einer so wunderlichen wie geistvollen Verquickung klassischer und gotizistischer Formen durchführte: die schönste und originellste Ergänzung eines mittelalterlichen Baues, die es gibt, durchaus im Sinne schöpferischer Weiterbildung und darum genial zu nennen.

Das Brandenburger Tor zu Berlin

Nicht anders ist sein Hauptwerk zu beurteilen, das 1789 bis 1794 erbaute Brandenburger Tor mit der herrlichen Quadriga und den andern viel zu wenig bekannten Nischenfiguren und Reliefs von Gottfried Schadow. Das Vorbild dieses Meisterwerks sind eingestandenermaßen die Propyläen der Akropolis zu Athen. Aber Langhans hat das große Vorbild in einem vollkommen romantischen und also neuzeitlichen Sinne umgestaltet. Es ist zugleich Blickpunkt der großen Achse der Linden, die vom Schloß ausgeht, und Abschluß der Stadt gegen das Land (in Gestalt des Tiergartens); zugleich Hauptakzent des kostbaren Vierecks des Pariser Platzes und Symbol der Reichshauptstadt, Meisterstück einer schöpferischen Stadtbauphantasie. In dem strengen und edlen Klassizismus seiner Säulen und Attika birgt sich die romantische Hochspannung einer Zeit, die es verstand, in Nachahmung antiker Formen ihr eigenes Gegenwartsgefühl sinnvoll, plastisch und symbolisch auszudrücken.

Paul F. Schmidt.

Blick in die Bücher

Gleiches Recht für Deutschland. Von Dr. Hans Draeger. Verlag: Arbeitsausschuß Deutscher Verbände, Berlin NW7. 32 S.

Diese Schrift ist für den Aufklärungsausschuß für nationale Sicherheit herausgegeben, der sich aus dem Deutschen Reichskriegerbund „Kyffhäuser", dem Arbeitsausschuß Deutscher Verbände und der Arbeitsgemeinschaft für Deutsche Wehrverstärkung vor kurzem gebildet hat. Dieser Ausschuß hat sich zur Aufgabe gemacht, das deutsche Recht auf Gleichberechtigung, Sicherheit und Ehre auf breitester Grundlage in allen Volksschichten zur Geltung und nach außen hin zum Ausdruck zu bringen. Der Verfasser gibt in seiner Schrift einen Rückblick auf die bisherigen Abrüstungsverhandlungen im Völkerbund, insbesondere seit dem Konventionsentwurf vom 9. Dezember 1930. Die deutsche Stellung zu diesem Konventionsentwurf, wie sie insbesondere Reichskanzler Dr. Brüning und Botschafter Nadolny zum Ausdruck gebracht haben, wird wiedergegeben und die Entwicklung, die zur Schlußresolution vom 23. Juli 1932 geführt hat. Dann stellt der Verfasser des Näheren den diplomatischen Notenkampf dar, der sich auf Grund der deutschen Stellungnahme entwickelte, die die Weiterarbeit in der Abrüstungskonferenz von der klaren Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung abhängig machte. Hier geht der Verfasser zu einer politischen Auseinandersetzung mit den Äußerungen der Gegenseite, insbesondere mit der französischen Antwort vom 11. September und der englischen Note vom 18. September und sodann der Rede Herriots in Gramat am 27. September über. In geschickter und wirksamer Weise versteht es der Verfasser, den deutschen Standpunkt demgegenüber geltend zu machen, den er dahin präzisiert: „Deutschland will nicht Gnade, es will sein Recht." Zur Vertiefung und Bekräftigung dieses Rechtsanspruches dient insbesondere eine gründliche Untersuchung über die aus Artikel 8 der Völkerbundsatzung resultierende Verpflichtung der Siegermächte zur allgemeinen Abrüstung. Wer sich über die aktuelle politische und rechtliche Lage der Abrüstung ein genaues Bild verschaffen will, der greife zu dieser kurzen Schrift. Sie ist zur Unterrichtung und Aufklärung hierüber vorzüglich geeignet.

Maximilian Claar: Italien. Band 29 der Weltpolitischen Bücherei. Zentralverlag, Berlin W 35. 105 S. mit 13 Kartenzeichnungen. Preis: 3 RM.

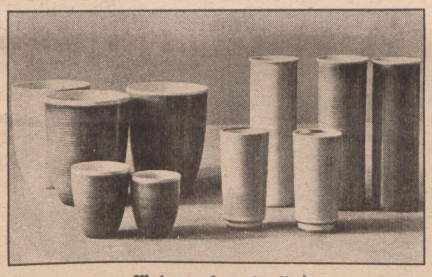
Der seit vielen Jahren in Italien ansässige Verfasser hat mit diesem Handbüchlein all denen einen wertvollen Dienst erwiesen, die sich als Reisende oder von Berufs wegen mit Italien befassen. Das heutige Italien zeigt — nicht nur infolge des Faschismus — ein wesentlich anderes Gesicht als das Italien der Vorkriegszeit. In einer wohltuenden Kürze hat Prof. Claar die geographisch-geopolitische Lage der Apenninhalbinsel behandelt und Geschichte und Grenzen, Bevölkerung und Volkstum in großen Umrissen geschildert. Darauf geht er über zur Verfassung und Verwaltung, Außenpolitik und Weltanschauung, das Kolonialproblem, Finanzen und Wirtschaft, endlich das Verhältnis von Staat und Kirche, sowie Kultur und Presse. Auf dem letzten Gebiet ist Prof. Claar besonders bewandert als ständige Mitarbeiter der „Zeitungswissenschaft". drlr.

Deutsche Berufskunde. Ein Querschnitt durch die Berufe und Arbeitskreise der Gegenwart. Herausgegeben von Ottoheinz von der Gablentz und Carl Mennicke unter Mitarbeit von A. Fritz, W. Grau, H. Harmsen und P. Suhrkamp. Bibliographisches Institut A.-G. Leipzig 1930. 520 S.

In dieser Zeit des Überganges ein derartiges Buch zu schreiben, das mehr geben will als bloße Tatsachendarstellung, ist gewagt und nötig zugleich. Was Gablentz und seine Mitarbeiter geschaffen haben, ist der Versuch einer neuen „Naturkunde" des deutschen Volkes. Mittelpunkt der Darstellung ist die Arbeit des einzelnen Menschen, sind die kleinen und großen Berufskreise, in denen der einzelne schafft. Über alle wird das äußerlich Wissenswerte gesagt und in typischen Bildern auch gezeigt. Darüber hinaus wird versucht, das Wesen der einzelnen Berufe zu erfassen, ihre heutige Form und Art aus ihrer geschichtlichen Bedingtheit heraus zu erklären und die mannigfachen Zusammenhänge wirtschaftlicher, sozialer, psychologischer Art, in die die Berufe und die Menschen in ihnen hineingestellt sind. Die Berufskunde wird zur Kulturkunde, zur Darstellung der arbeitenden Gesellschaft des deutschen Volkes. Zu diesem Arbeitsbild schließt sich die Darstellung der Hunderte von Berufen harmonisch zusammen. Dies konnte den Verfassern gelingen, weil sie offenen Auges und ungetrübt von Vorurteilen Menschen und Dinge sehen, und vor allem, weil sie eine Idee der Schilderung zugrunde legen: Sie wollen, indem sie diesen Querschnitt geben, zeigen, wie und warum die alten ständischen und gesellschaftlichen Bindungen zerfielen, wie aber gleichzeitig aus der ungeheuer starken Stellung, die die Arbeit im Leben des einzelnen und der Gruppe heute einnimmt, Ansätze zu neuen Bindungen sich zeigen, die vorerst noch unzusammenhängend sind und der Gestaltung bedürfen. Diesen Einblick zu geben und aus der Einsicht heraus das Verständnis, aus dem Verständnis, den Willen zur Mitarbeit an der Neugestaltung des Volkes und seines sozialen Lebens fördern zu helfen, ist das Ziel des Werkes. Jeder, der an irgendeinem Platze an der Erfüllung dieser Aufgabe mitzuwirken hat, wird das Buch, das sich durch einen lebendigen und gepflegten Stil vorteilhaft auszeichnet, nicht nur mit einem großen Gewinn an Tatsachenkenntnis lesen, sein Verständnis für die innere Problematik des deutschen Volkes der Nachkriegszeit wird gefördert werden, ein Verständnis, das die Vorbedingung aller wirklich fruchtbaren Arbeit für die Zukunft ist. Dr. W. Bohnstedt.

Berliner Porzellan / Die Weihnachtsausstellung der Staatlichen Porzellanmanufaktur Berlin

Schönes und edles Porzellan, die Freude jeder Hausfrau, ist heute nicht mehr unerschwinglich. Das zeigt die Weihnachtsausstellung, die der Direktor der Berliner Manufaktur, Freiherr von Pechmann, gegenwärtig in Berlin veranstaltet. Da stehen die echten Berliner Porzellane mit ihrer diamantharten Glasur, mit ihrem zart ins Gelbliche spielenden Weiß oder in resedafarbenem „Seladon" in hohen Vitrinen, und der Beschauer erkennt, daß auch in den untersten Gruppen von 1 bis 3 und von 3 bis 5 Mark schon allerhand zu haben ist, was das Herz begehrt und den Sinn erfreut. Mit zierlichen Schälchen für Konfekt und Salzmandeln fängt es an. Ein Tintenfaß aus dem Schinkel-Schreibzeug kostet 1,50 Mark, ein Fidibusbecher aus der Schinkelzeit, den man heute freilich nicht mit Fidibussen, sondern mit Frühlingsblumen füllen wird, ist kaum teurer. Und so geht es weiter: Vasen in alter und neuer Form, edle Obstschalen, Mokkatäßchen in Barock oder Rokoko, wie sie der große König und seine Tafelrunde in Sanssouci zum Nachtisch serviert bekamen, oder in Empire auf Löwenfüßchen, aus denen die Königin Luise getrunken haben könnte — kostbar und köstlich wie nur etwas, aber alles für 2 bis 3 Mark zu haben! Die von heutigen Künstlern geformten Tassen und Teller stehen neben dem zierlichen und gezierten Gerät unserer Altvorderen glatt, großflächig und schlicht: Erzeugnisse einer Zeit, die die Schönheit der reinen Zweckform erkannt hat.



Moderne bemalte Vasen
Malereientwurf: Trude Petri und Else Möckel, Berlin 1930
Ausführung: Staatl. Porzellan-Manufaktur Berlin

Neben dem Gebrauchsporzellan werden in der Weihnachtsausstellung auch kostbare Einzelstücke moderner Künstler gezeigt, von Wolf Röhricht, Ludwig Bartning, Wilhelm Loeber u. a. Von der Versuchstätigkeit der Manufaktur berichten die sogenannten Craquelé-Porzellane, deren Zustandekommen auf der verschiedenartigen Zusammenziehung der Kristallglasur und der Masse beim Erkalten beruht. Diese Porzellane bekommen dadurch eine eigenartige Netzzeichnung an der Oberfläche, die sehr reizvoll wirkt.

Die Berliner Porzellanmanufaktur beweist mit dieser Ausstellung wieder einmal den hohen Grad ihrer technischen und künstlerischen Leistungsfähigkeit, sie beweist weiter, daß man auch in der Gegenwart für verhältnismäßig wenig Geld schöne und kostbare Dinge erwerben kann, die dauernden Wert behalten.

Dr. R.

Teeservice „Neu Berlin"
Modell: Emil Nutte, Berlin 1932
Ausführung: Staatl. Porzellan-Manufaktur Berlin

„Der Heimatdienst"

12. Jahrgang 1932

ist mit der vorliegenden Nummer 24 vollständig geworden.

Sie brauchen jetzt die geschmackvolle

Einbanddecke

in Halbleinen und mit Goldprägung

Preis RM 2,–

zuzüglich 40 Rpf. für Porto und Verpackung bei Voreinsendung des Betrags. Bei Nachnahmezusendung erhöhen sich die Kosten.

Der laufende Jahrgang

wird am besten und zweckmäßigsten in dem eigens für den „Heimatdienst" angefertigten

Stab-Selbstbinder

aufbewahrt und zusammengehalten, der sich als wirklich brauchbarer Sammeleinband bewährt hat

Preis RM 3,60

zuzüglich 40 Rpf. für Porto und Verpackung bei Voreinsendung des Betrags. Bei Nachnahmezusendung Mehrkosten

Zentralverlag G. m. b. H. Berlin W 35
Potsdamer Str. 41 Postscheckkonto Berlin 78 995

Der Gereke-Plan

Schafft Arbeit und Brot!

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Landgemeinden

Soeben ist im Landgemeindeverlag unter dem Titel

„Schafft Arbeit und Brot"

eine Broschüre erschienen, die eine ausführliche Wiedergabe und Erläuterung des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Landgemeinden (Gereke-Plan) enthält. Außerdem ist in der Broschüre das Wirtschaftsprogramm der Regierung von Papen einer sachlichen Betrachtung unterzogen worden, und zwei weitere Kapitel enthalten reichhaltiges Material über die Gründe der Arbeitslosigkeit und die vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten in Deutschland.

Die Frage der Arbeitsbeschaffung steht im Mittelpunkt aller öffentlichen Erörterungen.

Preis 1.– RM. zuzügl. 0.15 Porto

Zu beziehen vom:

Zentralschriftenvertrieb Zentralverlag, G. m. b. H.

Der deutsche Volkswirt

ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK UND WIRTSCHAFT

Herausgeber Gustav Stolper

VERLAG UND REDAKTION:
BERLIN W 35, SCHÖNEBERGER UFER 32

Erscheint jeden Freitag. Einzelnummer RM 1.20
Inland-Abonnement vierteljährl. RM 12.–

Unterrichtend · Unabhängig · Unparteiisch

Die einzige große politisch-wirtschaftliche Wochenschrift Deutschlands

Nie war wirtschaftliche Unterrichtung so notwendig wie heute

Verlangen Sie Probeexemplare kostenlos vom Verlag

Die praktische Zeitschrift in Kartothekform:

ZAHLENBILDER

KARTEN KURVEN

MONATSSCHRIFT
IN BILDERN AUS POLITIK, WIRTSCHAFT U. KULTUR

bringt aktuelles statistisches Material in Bildform
im IV. Jahrgang

Wissen in konzentrierter, einprägsamer Form

nach einer praktischen Systematik übersichtlich geordnet.

Unentbehrlich allen Lehrern, Wirtschaftlern und Politikern, von großem Vorteile jedem, der für seinen Beruf immer zuverlässig über die Zusammenhänge in Wirtschaft und Politik orientiert sein muß. Zugleich:

Epikarten für Vortragszwecke in Wirtschaftsverbänden, Unterricht u. Vereinen

da auf Kunstdruckkarton, Diapositiven gleichwertig. Das Zusammenstellen der Vorträge über jedes interessante Tagesthema wird durch die Karteianordnung und Beigabe eines Textblattes zu jedem Bilde eine leichte Arbeit, die vor allem deshalb Vergnügen macht, weil stets das Material, was man braucht, beieinander ist.

Prospekte und Einzelbildverzeichnisse kostenlos anfordern

Einzelhefte: 2.50 RM / Jahresabonnement 18.— RM (zuzüglich 1.— RM Zustellgebühr) bei Lieferung durch die Post.

DEUTSCHER LICHTBILDDIENST G.M.B.H.
Berlin W 35 **Potsdamer Str. 41**

Der wertvolle Abreißkalender, das

WEIHNACHTSGESCHENK FÜR DIE LIEBE MUTTER

Ein Führer zu vertieftem deutschen Familienleben!

MUTTER UND KIND

EIN TAGEBUCH DER MUTTER FÜR DAS JAHR 1933

Ein Jahreskalender für Mütter und Kinderfreunde

Herausgegeben im **6. Jahrgange** von **Adele Schreiber**

Prächtige Aufnahmen aus dem Kinder- und Familienleben

Jedes Blatt ein künstlerischer Wandschmuck

Preis herabgesetzt: 2.85 RM

So wird über den Kalender „Mutter und Kind" 1933 geurteilt:

Pädagogische Warte:
„Ein schöner Jahresweiser für jede Lehrersfrau .... Dieser Jahrgang stellt sich unter den Leitgedanken ‚frisch-froher Körperkultur'."

Pfälzischer Kurier:
„Ein Leben rund ums Kind ist es, wozu dieser Kalender täglich anregt, Freude wecken am Kind für die, die das Gefühl der Sorge oder vielleicht auch der Bequemlichkeit nicht überwinden können, Mütter und Väter das Jahr hindurch mit Klugheit führen, das ist die schöne Aufgabe, die sich der Kalender gestellt hat."

Soziale Arbeit:
„Die Bilder wollen ebenso wie der Text erfreuen und belehren, die Auswahl ist recht geschickt getroffen."

Deutsche Allgemeine Zeitung:
„Der Inhalt gibt vielseitig Einblick in moderne soziale Erziehungseinrichtungen und ist mit lebendigen Photographien aus dem Kinderleben, sowie einigen schönen Kunstblättern ausgestaltet."

Zwei wertvolle Preisausschreiben

Durch jedes einschlägige Geschäft oder direkt

Zentralverlag G. m. b. H., Berlin W 35, Potsdamer Str. 41

Für jeden Politiker die schönste Weihnachtsgabe!

WELTPOLITISCHE BÜCHEREI

HERAUSGEGEBEN VON Dr. ADOLF GRABOWSKY

vermittelt

Wissen um wesentliche Zusammenhänge internationaler Politik

Die Bände der ersten Reihe:

Bd. 1. A. Grabowsky, Staat und Raum, 112 Seiten 2 Tabellen. Halbl. 2 70 RM.
Bd. 2. E. Scheu, Deutschlands Wirtschaftsprovinzen und Wirtschaftsbezirke, 74 Seiten, 20 Karten. Halbl. 2.10 RM.
Bd. 3. O. Maull, Politische Grenzen, 104 Seiten. 12 Karten. Halbl. 2,70 RM.
Bd. 4. R. Rungaldier, Österreich, 52 Seiten, 9 Karten, Halbl. 1.50 RM.
Bd. 5. A. Burchard, Staat und Klima, 80 Seiten, 10 Karten. Halbl. 2.10 RM.
Bd. 6. F. Thorbecke, Das tropische Afrika, 75 Seiten, 5 Zeichnungen. Halbl. 2.10 RM.
Bd. 7. W. Pahl, Der Kampf um die Rohstoffe, 73 Seiten, 16 Zeichnungen. Halbl. 2 10 RM.
Bd. 8. F. Machatscheck, Die Tschechoslowakei, 80 Seiten, 5 Karten. Halbl. 2.10 RM.
Bd. 9. M. Eckert, Meer und Weltwirtschaft, 80 Seiten, 19 Karten. Halbl. 2.10 RM.
Bd. 10. J. März, Landmächte und Seemächte, 64 Seiten, 10 Zeichnungen. Halbl. 2.10 RM.

Die Bände der zweiten Reihe:

Bd. 11. W. Vogel, Die Entstehung des modernen Weltstaatensystems, 101 Seiten, 12 Karten. Halbl. 2.70 RM.
Bd. 12. P. Herre, Spanien und Portugal, 88 Seiten, 12 Kartenskizzen. Halbl. 2.10 RM.
Bd. 13. R. Uhden, Völkertore, 58 Seiten, 8 Kartenskizzen. Halbl. 2.10 RM.
Bd. 14. H. v. Glasenapp, Britisch-Indien und Ceylon, 88 Seiten, 10 Karten. Halbl. 2.70 RM.
Bd. 15. S. R. Steinmetz, Die Niederlande. 83 Seiten, 8 Karten. Halbl. 2.70 RM.
Bd. 16. Th. Arldt, Weltpolitik im Unterricht, 80 Seiten, 9 Karten. Halbl. 2.70 RM.
Bd. 17. G. Menz, China, 88 Seiten, 7 Karten. Halbl. 2.70 RM.
Bd. 18. F. Metz, Die Hauptstädte, 112 Seiten, 18 Karten. Halbl. 2.70 RM.
Bd. 19. R. Lütgens, Die A.B.C.-Staaten, 112 Seiten, 22 Karten. Halbl. 2.70 RM.
Bd. 20. Henning, Weltluftverkehr und Weltluftpolitik, 68 Seiten, 8 Karten. Halbl. 2.10 RM.

Die Bände der dritten Reihe:

Bd. 21. K. Haushofer, Geopolitik der Pan-Ideen, 95 Seiten, 11 Zeichnungen. 2.70 RM.
Bd. 22. O. Junghann, Die nationale Minderheit, 76 Seiten, 3 Zeichnungen. 2.10 RM.
Bd. 23. S. Passarge, Ägypten und der Arabische Orient, 70 Seiten, 14 Zeichnungen. 2.40 RM.
Bd. 24. Hans Kohn, Orient und Okzident, 95 Seiten, 14 Zeichnungen. 3.— RM.
Bd. 25. W. Geisler, Australien und Ozeanien. 3.— RM.
Bd. 26. Hesse, Persien, 6 Zeichnungen, 96 Seiten 3.— RM.
Bd. 27/8. Schwendemann, Frankreich, 26 Zeichnungen, 180 Seiten 5.40 RM.
Bd. 29. Claar, Italien, 105 Seiten, 13 Zeichn. 3.—RM.

Aktuelle Bände

Alle Bände sind in Halbleinen gebunden und durch jede Buchhandlung auch einzeln zu beziehen.

Illustrierter Sonderprospekt kostenlos.

Zentralverlag G. m. b. H., Berlin W35.

Das Inhaltsverzeichnis „Heimatdienst", Jahrgang XII.
(gegen Voreinsendung von Briefmarken) **15 Rpf.**
vom Zentralverlag G. m. b. H., Berlin W 35

Bitte
nehmen Sie bei Anfragen und Bestellungen auf den „Heimatdienst" Bezug.

Marke: Thüringer Ritter
Pflaumenmus
zuckergesüßt, 10 Pfd. Eimer M. 3,— ab hier, Nachnahme. Viele tausende Nachbestell.
Otto Ritter, Pflaumenmusfabrik, Schkölen i. Thür. 136.

Wir liefern an Jedermann
Tuche
Herren-Stoffe Verlangen Sie ab Damen-Stoffe sofort Muster
Fabrik
Lehmann & Assmy.
Ältestes Tuchversandhaus mit eigener Fabrikation
Spremberg i. L. 38

Diesmal nur Praktisches!
Korbmöbel ab Fabrik!
Niedrige Preise, franko Lfg. Schlager: 3teil. Polstergarn. Mk. 30.—. Katalog gratis.
Korbmöbelfabrik Böhm, Oberlangenstadt 327, Lichtenfels-Land.

150 Briefmarken gratis
nur Ausland und unverbindliche Auswahlsendung.
P. Lahn, Postsekretär i. R. Berlin-Steglitz, Kieler Str. 5.

Erwerben Sie Gemälde von künstlerischem Wert!
Originale bekannter Meister,
wie
Blanke, Harländer, Herrmann, Jüttner, v. Kalckreuth, Kayser-Eichberg, Kiekebusch-Grüttefien, Kuron, Liebermann, Müller-Kaempff, Schaller, Schön, Schulz u. v. a.
Gute Werke schon zu Preisen von RM. 20.— bis RM. 300.—
Auf Wunsch Zahlungserleichterung Photos und unverbindliche Ansichtssendung bereitwilligst

Verkaufsstelle der
Vereinigung Märkischer u. Mecklenburgischer Künstler G. m. b. H., Berlin SW 19 f, Sebastianstr. 81

Für den Weihnachtsbüchertisch empfehlen wir den Lesern des „Heimatdienstes"

Heinrich Seidel's Gesammelte Werke

in 5 Ganzleinenbänden
über 2600 Seiten auf Dünndruckpapier
statt wie bisher RM 30.—
nur RM 7.50

Aus dem Inhalt:
Bd. I: Lebrecht Hühnchen. Von Perlin nach Berlin
Bd. II: Vorstadtgeschichten I/II
Bd. III: Heimatgeschichten I/II
Bd. IV: Reinhard Flemmings Abenteuer
Bd. V: Spukgeschichten. Phantasiestücke. Musik der armen Leute. Gedichte

Bei Aufgabe der Bestellung bitten wir, den Betrag zuzüglich 40 Rpf. für Porto, zusammen also RM 7.90 gleichzeitig auf unser Postscheckkonto Berlin 1023 83 zu überweisen.
Bei Nachnahmezusendung Mehrkosten

Zentral-Schriften-Vertrieb · Berlin W 35
Potsdamer Straße 41

Sie wollen

die Geschehnisse in Österreich und den Nachfolgestaaten verstehen, die weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Auswirkungen der Tagesereignisse, die Zusammenhänge zwischen Politik und Wirtschaft erkennen, das Gesunde vom Faulen, das Bleibende vom Vergänglichen unterscheiden, eine Richtschnur für die Bildung eines eigenen wohlbegründeten Urteils gewinnen . . .

„Der Österreichische Volkswirt"

Herausgeber Walther Federn, Wien, bietet dies seinen Lesern. Er erscheint jeden Samstag — ist die bestunterrichtete wirtschaftliche Zeitschrift der Nachfolgestaaten — unabhängig, umfassend, interessant.

Ein Probeabonnement

für die Dauer von sechs Wochen kostet nichts und verpflichtet zu nichts, wenn der Leser dieser Anzeige den Gutschein ausfüllt und als Drucksache an die **„Volkswirt"-Verwaltung, Wien, IX., Porzellangasse 27,** einsendet.

Gutschein
1 Probeabonnement
für .....
in .....

Das Reich und Preußen im Kampf um die Führung
Von Bismarck bis 1918
Von Dr. Hans Goldschmidt
Archivrat im Reichsarchiv
1931. Preis 20,70 RM, in Ganzleinen gebund. 21,60 RM

Einige Urteile über das Werk:

„.... daß der Reichsgründer es gewesen, der mit diesem Problem unausgesetzt gerungen hat, und daß seine Nachfolger es sträflich vernachlässigten, das erfährt man erst jetzt aus einem hochbedeutsamen Werke, das man an Wichtigkeit nur mit den Akten des Auswärtigen Amtes vergleichen kann und das man als die interessanteste Aktenpublikation zur inneren Geschichte des Reiches bezeichnen darf. Der Verfasser kann durch seinen unermüdlichen Spürsinn und dank dem Entgegenkommen der Reichs- und Landesbehörden und zahlreicher ehemaliger Staatsmänner eine umfassende Aktensammlung vorlegen, der er eine sehr eingehende und unentbehrliche Einleitung vorausgeschickt hat...."
Prof. Dr. Schüßler i. d. DAZ. v. 21. 1. 31

„.... Es ist daher dankbar zu begrüßen, daß Dr. Hans Goldschmidt sich die historische Erfassung und wissenschaftliche Durchdringung dieses Problems zur Aufgabe gemacht und in seinem Buch in hervorragender Weise dargestellt hat. Mit diesem Buch ist der Öffentlichkeit ein Quellenwerk von größtem dokumentarischen Wert übergeben worden...."
„Berliner Börsen-Zeitung", 19. April 1931

Carl Heymanns Verlag in Berlin W 8

Herausgegeben von der Reichszentrale für Heimatdienst, Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Straße 3. Leiter: Minist.-Rat Dr. Strahl.
Schriftleitung und verantwortlich für den redaktionellen Teil: Reg.-Rat Drege, Berlin-Lichtenrade. — Verantwortlich für den Anzeigenteil W. Marschner, Berlin-Lichterfelde — Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Millimeter-Zeile oder deren Raum 40 Pf. — Rabatt nach Tarif. — Alleinige Anzeigen-Annahme: Ernst Föks, Anzeigen-Verwaltung, Berlin-Lichterfelde, Hindenburgdamm 57 d. / Fernruf G 3 (Lichterfelde) 1747. — Offsetdruck: W. Büxenstein, Berlin SW 68.